



Nr. 60 – Mai 2004

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bei den Recherchen zu pazifischen Themen entdecke ich immer wieder etwas Neues. Oder haben Sie schon einmal von der „Weltmeisterschaft im Videospielen“ gehört, an der auch Tahitianer teilnehmen? Überraschend auch der Bericht der Asian Development Bank über den Anstieg der Armut in der Region. Positiv stimmt das Bestreben vieler Pazifikstaaten, ihre Probleme wie etwa die Müllbeseitigung oder das Korallensterben in den Griff zu bekommen. Dies täuscht jedoch nicht über das politische und finanzielle Chaos in anderen Ländern hinweg.

Eine abwechslungsreiche Lektüre wünscht euch/ Ihnen

Julia Ratzmann
Redakteurin

PAPUA-NEUGUINEA

Somare strukturiert Kabinett um

Premierminister Sir Michael Somare hat Mitte Mai überraschend seinen Vize Moses Maladina sowie alle Minister der Partei „People's National Congress“ (PNC) aus dem Kabinett geworfen. Dem Rauswurf vorausgegangen war die Entscheidung der Oppositionsmehrheit unter Sir Mekere

Morauta, der Regierung beizutreten. Die Opposition begründete ihren Schritt mit den parteiübergreifenden Streitigkeiten über den so genannten Paragraphen 145 in der Verfassung von PNG. Dieser thematisiert das Misstrauensvotum gegen den amtierenden Premierminister, das von derzeit 18 Monaten auf 36 Monate verlängert werden soll, so dass ein Votum gegen Somare in dessen verbleibender Amtszeit kaum mehr möglich wäre.

Somare hatte nach der Entscheidung der Opposition *„das Kabinett umstrukturiert, um die Quelle der Instabilität zu beseitigen und einen neuen Partner in die Koalition einzuführen“*. (Zitat Somare 18.05.04)

Somare hat alle der PNC angehörenden Minister aus dem Kabinett entlassen und dafür u.a. Politiker der People's Action Party (PAP) in Ministerämter eingesetzt. Die Mitglieder der People's National Congress Partei sind mit dem Rauswurf in die Opposition verbannt worden. Der PNC-Parteiführer Bill Skate bleibt als zurzeit amtierender Generalgouverneur (vergleichbar dem Amt des Bundespräsidenten in der BRD, J.R.) jedoch der vom Parlament gewählte Vertreter der englischen Königin Elisabeth II., die das zum Commonwealth gehörende Land nach außen repräsentiert.

Entlassen wurden neben dem Vizepremier auch Yakka Karpa (Verteidigungsminister), Tom Tomiape (Arbeit und Wirtschaft), Peter O'Neill (Öffentlicher Dienst), Alois Kingsley (Fische-

rei), Peter Oresi (Strafminister) und Nick Kuman (Kultur und Tourismus).

Die Oppositionspartei „PNG Party“ unter Morauta bekam drei Ministerposten: Mathew Siune (Landwirtschaft), Mathew Gubag (Verteidigung) und David Basua (Tourismus). Neue Kabinettsminister der PAP sind Brian Pulayasi (Bildung), Posi Menai (Strafanstalten) und Ben Semri (Fischerei). Petrus Thomas von der People's Progress Party (PPP) ist neuer Agrarminister, Atimeng Buhute von der Pangu Pati bekam das Wohnungswesen zugewiesen.

Somare erklärte, die Umstrukturierungen im Kabinett seien aus Gründen der politischen Stabilität schon lange bitter nötig gewesen. Das 28-köpfige Kabinett ist nun wie folgt besetzt: Acht Minister der National Alliance, fünf Minister der PAP, drei Minister der PPP, drei Minister der PNG Party, zwei von Pangu, zwei aus der Melanesian Alliance, zwei von der United Resources Party, einer von der United Party und einer von der National Party. Bis dato hat Somare noch keinen Vizepremier ernannt. Die sieben neuen Minister wurden vereidigt, nachdem der amtierende Generalgouverneur und Parlamentssprecher Bill Skate die Entlassungsurkunden der entlassenen Minister unterzeichnet hatte. Bill Skate ist so lange zum Generalgouverneur gewählt worden, bis eine Neuwahl zu Stande kommt.

Wenige Tage nach der Kabinetts-umstrukturierung wurde Peter O'Neill zum neuen Oppositions-

führer ernannt. Die Opposition ist durch die Umstrukturierungen erstarkt, so dass das Kräfteverhältnis im 101-köpfigen Parlament des Staates derzeit bei 49 (Regierungskoalition) zu 45 (Opposition) steht. Bei bis zu sechs der Parteien sind nun Mitglieder sowohl in der Regierung als auch in der Opposition vertreten. Die innenpolitische Lage bleibt trotz der Kabinettsumbildung angespannt. (National 19.05., 20.05.04, PC 19.05., 20.05.04, <http://www.pngec.gov.pg/>, Presseerklärung M. Somare am 18.05.04)

Keine Auslieferung nach Den Haag

Papua-Neuguinea wird amerikanische Staatsbürger nicht an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ausliefern. Das beschloss das Kabinett unter Führung von Premierminister Sir Michael Somare. Dazu schloss das Kabinett ein bilaterales Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika (USA). In dem Abkommen versichern beide Staaten einander, die Staatsbürger des Vertragspartners nicht ohne dessen Zustimmung nach Den Haag auszuliefern.

Der Versuch der USA, seinen Bürgern Straffreiheit zu sichern, ist international auf harsche Kritik gestoßen. Mit Anschreiben an diverse Länder (u.a. auch an Deutschland) hatten die Amerikaner versucht, weitere Länder zur Unterzeichnung des „Artikels 98“ zu bewegen. Dieser Artikel in den Statuten zur Einrichtung und zur Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs sieht vor, dass ein Staat einen Bürger eines anderen Staates nicht an einen dritten Staat (hier: Niederlande) ausliefern darf, wenn der Staat des betreffenden Bürgers dem nicht zustimmt.

Info: Der Internationale Strafgerichtshof (engl.: International Criminal Court, ICC) ist ein ständiges Gericht, um Verbrechen gegen die Menschheit, Völkermord und Kriegsverbre-

chen zu verfolgen, sofern dies keinem nationalen Gericht möglich ist. Er ist eine unabhängige internationale Organisation im UN-System mit Sitz in Den Haag. Im Unterschied zum Internationalen Gerichtshof, vor dem nur Staaten Parteien sein können, klagt der ICC Individuen an.

Die Grundlage des ICC ist das Rom-Statut (engl.: Rome Statute of the International Criminal Court) vom 17. Juli 1998, welches am 1. Juli 2002 in Kraft trat, nachdem es von 60 Staaten ratifiziert worden war. Der Gerichtshof öffnete am 11. März 2003 mit der Angelobung von 18 Richtern. Inzwischen wurde das Statut von 94 Staaten (Stand: Mai 2004) unterzeichnet. Gewichtige Staaten wie die USA, Russland und China haben das Statut nicht ratifiziert und erkennen damit die Kompetenz des Gerichts nicht an. Die USA betreiben auf nationaler und internationaler Ebene eine aktive Obstruktionspolitik gegen den ICC. In diesem Zusammenhang ist der Vertrag mit Papua-Neuguinea zu sehen. PNG hätte das bilaterale Abkommen mit den USA nicht nötig gehabt, da das Land finanziell nicht von den USA abhängig ist. Hauptgeldgeber für die Pazifikinsel ist Australien.

Die USA hat den Antrag gestellt, die Immunität ihrer Soldaten vor einer Verfolgung durch den ICC um ein weiteres Jahr zu verlängern. Bereits im Jahr 2003 war eine Resolution beschlossen worden, nachdem US-Bürger während eines Jahres vor jeder Verfolgung durch den ICC sicher sind. Die von Washington zunächst geforderte unbefristete Immunität war angesichts des internationalen Widerstandes von der UN nicht akzeptiert worden. Bisher hat der UN-Sicherheitsrat noch nicht über den Antrag entschieden.

Die USA erklären ihre Opposition gegen den ICC mit der Befürchtung, im Ausland eingesetzte Angehörige ihrer Streitkräfte oder zivile Beamte könnten aus politi-

schen Gründen angeklagt werden. Angesichts des Folterskandals im Irak und der Behandlung von Kriegsgefangenen in Afghanistan und auf dem Flottenstützpunkt Guantánamo Bay erhält die Weigerung der Amerikaner, den ICC anzuerkennen, eine besondere Brisanz. (<http://www.icc-cpi.int/>, PC 30.04.04, SZ 14.09.02, FR online 23.05.04)

Flüchtlingskinder erhalten Rechtsstatus

1.217 Kinder von westpapuanischen Flüchtlingen haben Ende April von der Regierung Papua-Neuguineas eine Geburtsurkunde ausgestellt bekommen. Damit haben sie einen gewissen rechtlichen Status inne, der ihnen z.B. die Möglichkeit gibt, ein Bankkonto zu eröffnen oder Reisedokumente zu beschaffen. Auch ihren Aufenthaltsort innerhalb von PNG können die Kinder damit frei wählen.

Die Geburtsurkunde verleiht dem Träger allerdings nicht die gleichen Rechte wie einem Staatsbürger von PNG, jedoch ermöglicht sie eine Antragstellung auf Einbürgerung in das Land. Sie gibt Aufschluss darüber, dass der Träger in PNG geboren wurde bzw. dort über einen längeren Zeitraum gelebt hat.

Bei den bis 20-jährigen Kindern, die diese Urkunde erhielten, handelt es sich um Kinder von Flüchtlingen aus Westpapua. Diese waren Anfang der 80er Jahre aus der indonesischen Provinz Papua über die Grenze nach Papua-Neuguinea geflüchtet. Die Geburtsurkunden bekamen die Kinder, die bereits in PNG geboren wurden, sowie Jugendliche, die mit ihren Eltern zwischen 1984 und 1986 über die Grenze nach PNG geflüchtet waren. Bis heute leben rund 2.900 Menschen in dem Flüchtlingslager „lowara“ sowie in 15 weiteren Lagern im Gebiet East Awin und nahe der Stadt Vanimo in der Provinz „West Sepik“. Mitte

der 80er Jahre hatten zeitweise mehr als 3.600 Menschen in den Lagern gelebt.

Die Urkunden wurden im Rahmen eines Programms des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen ausgestellt. Das UNHCR (United Nations High Commission for Refugees) hatte vor einem knappen halben Jahr Mitarbeiter in das Flüchtlingslager an der Grenze zu Papua geschickt. Diese hatten mit der Registrierung der Flüchtlinge begonnen. Bei der Registrierungskampagne waren auch die Behörden von Papua-Neuguinea behilflich, so das Ministerium für ländliche Entwicklung und das Ministerium für die Angelegenheiten der Provinz- und Lokalregierungen. Die ausgefüllten Formblätter mit den Daten der Flüchtlinge waren von UNHCR-Mitarbeitern in das Standesamt von Port Moresby geschickt worden, wo die Geburtsurkunden ausgestellt wurden.

Erstmals in der Geschichte des seit September 1975 unabhängigen Staates haben Flüchtlingskinder eine Geburtsurkunde erhalten. Dies ist eine Besonderheit auch deshalb, weil nur ca. 3 % der Gesamtbevölkerung des Landes über eine schriftliche, staatlich anerkannte, Geburtsurkunde verfügen. Betty Billy, die Standesbeamtin in Port Moresby und Hauptverantwortliche für die Ausstellung der Urkunden, erklärte, die Zusprechung eines legalen Status für Flüchtlingskinder entspreche in besonderem Maße der Eigenverpflichtung der PNG-Regierung, Flüchtlinge nicht zu diskriminieren. *(Pressemitteilung UNHCR News Stories 10.05.04, Pacific Beat 14.05.04)*

Schulen im Grenzgebiet geplant

Indonesien und Papua-Neuguinea haben sich auf den Bau von drei weiterführenden Schulen im Grenzgebiet beider Länder geeinigt. Ein entspre-

chendes Bildungsabkommen wurde von Indra Djati Sidi, dem Leiter der Abteilung für Sekundarbildung im indonesischen Bildungsministerium, und von seinem neuguineischen Kollegen Damien Rapese unterzeichnet.

Die drei Highschools sollen auf indonesischem Staatsgebiet in den Dörfern Skouw (Bezirk Jayapura), Mindiptana (Boven Digoel Bezirk) und Sota (Merauke Bezirk) gebaut werden. Alle drei Dörfer liegen in der Provinz Papua (früher: Westpapua). Baubeginn 2004, Bauende ca. drei Jahre später. Pro Schule wird mit Kosten in Höhe von einer Milliarde Rupien (ca. 93.000 €) gerechnet.

Ziel des gemeinsamen Bildungsprojektes ist es, längerfristig Loslösungsbestrebungen der Provinz Papua entgegenzuwirken. Höhere Bildung schaffe für Jugendliche einen Anreiz, im Land zu bleiben und nicht über die Grenze nach Papua-Neuguinea zu flüchten, hieß es aus indonesischen Regierungskreisen. Die Menschen in den Grenzgebieten hätten ähnliche kulturelle Traditionen und Mitglieder von Großfamilien lebten oft dies- und jenseits der Grenze. Der gemeinsame Schulbesuch trüge zu einem besseren Verständnis des Nachbarlandes bei.

An den Schulen sollen auch Fortbildungskurse für Erwachsene gegeben werden. Zweisprachige Lehrer sollen in Englisch und in Bahasa Indonesia unterrichten. *(National 04.02.04, Jakarta Post 14.05.04)*

EU vergibt Darlehen

Die Europäische Union (EU) hat im Rahmen des achten Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) neun Fischereibetrieben und Gruppen von Fischern ein Darlehen in Form von Fischfangbooten gewährt. Die Boote wurden symbolisch im „Forum Park“ von Mading an die neun Betriebe aus

Saidor, Alexishafen, Riwo, Kananam, North Coast, Karkar, Bogia und Yabob übergeben. Die Boote wurden von Ela Motors in Alotau zum Stückpreis von je 23.290 Kina (ca. 6.000 €) angefertigt. Sie verfügen über einen 30 PS starken Motor, einen 200 Liter großen Kühlraum, Fischfanggeräte und Vorrichtungen zur Sicherheit an Bord.

„Wir erwarten, dass uns die Fischer die Darlehen in den nächsten drei bis vier Jahren zurückerzahlen“, erklärte ein Sprecher der EU. Ziel des Projektes im Rahmen des 8. EEF sei die erfolgreiche Entwicklung lokaler und kommunaler Fischereiprojekte sowie die nachhaltige Befischung und Nutzung der marinen Ressourcen.

Das EU-Projekt ist auf fünf Jahre angelegt (2003 bis 2008) und hat ein Anfangsbudget von sechs Millionen Euro. Ähnliche Darlehensverträge sollen mit Fischern in Buka, Lae, Alotau, Kavieng und Port Moresby geschlossen werden. *(National 17.03.04)*

Erfolgreiche Palmölproduktion

Die neuguineische Firma „New Britain Palm Oil Limited“ (NBPOL) hat für das erste Quartal 2004 einen 18-prozentigen Anstieg der Ernte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bekannt gegeben. NBPOL erntete von Januar bis März die Rekordzahl von 255.000 Tonnen Früchten der Ölpalme. Aus den Früchten konnten 63.000 Tonnen Öl gewonnen werden. Die Profite der Firma stiegen von 32,9 Millionen Kina im ersten Quartal 2003 auf 36,7 Millionen Kina im gleichen Zeitraum 2004. Der NBPOL-Geschäftsführer Himson Waninara erklärte die Gewinnmaximierung mit dem höheren Preis für Palmöl auf dem Weltmarkt sowie mit der guten Ernte. Waninara freute sich außerdem über die DIN-Zertifizierung der Firma nach ISO 14001. Diese Zertifizierung

wurde für die umweltfreundliche Betriebsführung vergeben. Mit der Erfüllung der ISO 14001 wird dem Betrieb die nachhaltige Gewinnung von Palmöl bescheinigt.

Info: Palmöl wird aus den Früchten der Ölpalme (*Elaeis guineensis*) gewonnen. Die sechs bis neun Meter hohe Fiederpalme hat drei bis sieben Meter lange Blätter, die alt zum Flechten und jung als Nahrungsmittel (Palmkohl) dienen. Die Früchte enthalten im Fruchtfleisch und in den Samen (Palmkerne) Öl, das zur Herstellung von Seifen und Kerzen dient. (www.wissen.de, National 05.05.04)

Hochwasser zerstört Dörfer und Gärten

Rund 1.000 Menschen sind durch Hochwasser des Flusses Ramu in der Provinz Madang obdachlos geworden. Die Menschen stammen aus drei Dörfern nahe Usame, nördlich der „Ramu Sugar Plantage“ im Gebiet Usino-Bundi. Die Dörfer und Gärten wurden komplett überflutet und zerstört. Zu Tode kam niemand, da sich die Anwohner des Flusses rechtzeitig in höhere Lagen in Sicherheit bringen konnten. Die Stadt Madang war teilweise von Lae und dem Hochland abgeschnitten, da die Straßen überschwemmt waren. Es kam zu Stromausfällen. (National 14.03.03, PC 23.03.04)

Vier Tote bei Kämpfen

Bei einem Stammeskampf zwischen Angehörigen der Rami und der Maip Kumbu im Gebiet der Enga (Westliches Hochland) wurden vier Menschen getötet und mehr als 500 Häuser angezündet. Die Mitglieder des Rami-Stammes nutzten die Gelegenheit zum Überfall auf das Dorf der Maip Kumbu, nachdem sich alle männlichen Dorfbewohner der Maip Kumbu auf den Weg zu einer Versöhnungs- und Kompensationszeremonie nach Lu-

muso aufgemacht hatten. Die Männer der Rami griffen das Dorf, in dem nur Kinder, Frauen und alte Menschen zurückgeblieben waren, im frühen Morgenrauen mit Schnellfeuerwaffen an. Sie erschossen vier Menschen und zündeten die Häuser an. Weitere Opfer gab es nicht, weil vielen Dorfbewohnern die Flucht in den Busch gelang.

Bereits vor vier Jahren war es zu feindlichen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Stämmen gekommen. Diese waren jedoch mit einem Friedensabkommen beendet worden. (PC 17.03.04, Global Security Report 18.03.04 auf <http://www.terroranalysis.com/>)

Bei Schusswechsel getötet

Ein 17-jähriger Schüler der Boreboa Primary School in Hohola, einem Vorort von Port Moresby, ist bei einem Schusswechsel versehentlich getötet worden. Drei Passanten wurden zudem angeschossen und verletzt. Zu der Schießerei war es gekommen, als ein angetrunkenen Polizist in seiner Freizeit versucht hatte, eine Dose Bier aus einem Laden zu stehlen. Der Ladenbesitzer hatte dem Betrunkenen die Herausgabe von Bier verweigert. Der Polizist hatte daraufhin eine Dose an sich genommen und seine Dienstwaffe gezogen. Passanten hielten den Polizisten für einen Kriminellen und versuchten, ihn zu überwältigen. Bei den Schüssen wurde der 17-jährige Joe Elleya Samuel tödlich getroffen.

Polizeisuperintendent Emmanuel Hela erklärte, der Polizist sei bis zur endgültigen Aufklärung des Vorfalls vom Dienst suspendiert. In ihrer Freizeit dürften Polizisten keine Dienstwaffe mit sich führen, geschweige denn davon Gebrauch machen. (National 09.03.04, 10.03.04)

Neuer Botschafter für PNG

Nach über einem Jahr Leerlauf hat das Kabinett von Papua-Neuguinea einen neuen Botschafter für Belgien und die anderen Länder der europäischen Union ernannt. Issac Lupari hat Anfang Februar sein Quartier in Brüssel bezogen. Er ist Botschafter seines Landes für folgende Länder: Niederlande, Belgien, Italien, Frankreich, Griechenland, Spanien, Portugal, Dänemark, den Vatikan und Deutschland.

Lupari hat einen Masterabschluss in Wirtschaftswissenschaften von der Universität Essex (Großbritannien). Er war zuvor Staatssekretär in mehreren Ministerien des Landes, u.a. in den Bereichen Verteidigung, Transport, Planung und Finanzen.

Issac Luparis Vorgänger, Botschafter Gabriel Pepson, war im Februar 2003 als Außen- und Einwanderungsminister ins Kabinett von PNG berufen worden. Seither arbeitete kein designierter Botschafter mehr in Brüssel. (National 30.03.04)

† Sir Anthony Siaguru

Am 16. April starb in Alter von 57 Jahren Sir Anthony Siaguru in einem Krankenhaus in Brisbane (Australien) an Leberkrebs. Siaguru stammte aus der Provinz East Sepik und war 1971 einer der ersten Juraabsolventen der Universität von Papua-Neuguinea. Nach der Unabhängigkeit des Landes 1975 wurde er erster Außenminister von PNG. In den 90er Jahren war er Aufsichtsratsvorsitzender der Börse von Port Moresby und Mitbegründer des neuguineischen Zweiges von „Transparency International“, einer internationalen Nichtregierungsorganisation zur Bekämpfung der Korruption. Von 1990 bis 1996 war Siaguru stellvertretender Generalsekretär

des Britischen Commonwealth. 1997 wurde er zunächst Direktor, später stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von „Lihir Gold Limited“. Siaguru hinterlässt seine Frau Wilhemina und drei Söhne. (ABC 18.04.04, Pacific Beat 19.04., 20.04.04, PC 19.04.04)

BOUGAINVILLE

Waffenabgabe erfolgreich

In einer Lagebesprechung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen äußerte sich Danilo Türk, stellvertretender Generalsekretär für politische Angelegenheiten, sehr zufrieden über die Situation auf Bougainville. Bis April seien 1.588 Waffen abgegeben und zerstört worden, das entspräche 81 % des gesamten Waffenvorkommens auf der Insel. Fünf der zehn Distrikte von Bougainville hätten das Waffenabgabeprogramm unter Leitung der „United Nations Observer Mission in Bougainville“ (UNOMB) erfolgreich abgeschlossen. Das UNOMB-Engagement endet offiziell am 30. Juni dieses Jahres. Einige Vertreter von Mitgliedsländern im Weltsicherheitsrat befürworten allerdings eine Verlängerung des UNOMB-Einsatzes. Auch die Regierung von Papua-Neuguinea hat sich im Rat für die Verlängerung des Engagements der friedenssichernden Truppen ausgesprochen. Robert Aisi, der Botschafter PNGs bei den Vereinten Nationen, erklärte, man erhoffe sich die Verlängerung bis zum Wahlmonat.

Türk bedauerte die mangelnde Bereitschaft von Francis Onas „Me'ekamui Defence Force“ (MDF), sich an der Waffenabgabe zu beteiligen. Zwar hatte eine Einheit der MDF, die so genannte „Kompanie A“, freiwillig die Waffen abgegeben, doch andere Mitglieder der MDF weigerten sich weiterhin. Francis Ona sei nach wie vor nicht bereit, mit der autonomen Regierung von Bougainville, mit den lokalen Führern

oder mit Mitarbeitern der UNOMB zu verhandeln. Dies gefährde den Zeitplan für ein unabhängiges Bougainville, da laut Abkommen die Wahl über die Unabhängigkeit erst nach erfolgreicher Waffenabgabe erfolgen kann.

Nichtsdestotrotz bereitet die Interimsprovinzregierung („Bougainville Interim Provincial Government“) weiterhin den Wahlprozess für die Unabhängigkeit vor. So wurde bereits ein „Ministerium für Frieden und Autonomie“ unter der Ägide von Minister James Tanis gegründet. Danilo Türk rechnet jedoch erst gegen Ende des Jahres mit den Wahlen. (Pressemittteilung UN 06.05.04, Bericht des Weltsicherheitsrates, Flash d'Océanie 12.05.04)

Neue Zeitung

Anfang März ist die erste Ausgabe der Monatszeitung „Sunkamap Times“ in Bougainville erschienen. Es handelt sich um die Nachfolgezeitung der „Nius Bilong Peace“, die von der „Peace Monitoring Group“ herausgegeben worden war. Ziel der „Nius Bilong Peace“ war es, die Bevölkerung der Insel über neue Entwicklungen im Friedens- und Versöhnungsprozess zu informieren. Die Zeitung wurde später vom „Bouganiville Transition Team“ (BTT) übernommen und um Beiträge einheimischer Autoren erweitert. Mit dem Ende des BTT sollte auch die Herausgabe der inzwischen 12-seitigen Zeitung eingestellt werden. Ein Antrag auf Weiterfinanzierung einer Zeitung bei der neuseeländischen Entwicklungshilfeorganisation NZAid (New Zealand Agency for International Development) wurde positiv beschieden, so dass die „Sunkamap Times“ zunächst einmal monatlich erscheinen kann. Sie wird von der Auskunftsstelle der Provinzinterimsregierung von Bougainville herausgegeben. Gedruckt wird die 32-seitige Ausgabe in Kokopo (Provinz East New Britain) bei der Firma „PNG Printing“ in einer Auflage von 5.000 Exemplaren.

Die Monatszeitung kostet einen Kina. Redakteure sind einheimische Journalisten bzw. Journalismusstudenten.

Die Zeitung hat auch eine eigene Internetseite:

<http://www.viscom.co.nz/SunkamapTimes/index.htm>
(Pacific Media Watch 11.03.03, <http://www.viscom.co.nz/SunkamapTimes>)

BERGBAU

China kauft Nickelmine

Die staatseigene chinesische Bergbaufirma „China Metallurgical Construction Corporation“ hat zugestimmt, die Mehrheit an der Nickelmine im Ramu-Gebiet bei Madang (Provinz Madang) zu kaufen. Das chinesische Unternehmen wird für die Mehrheitsanteile an der Nickelmine 500 Millionen US-Dollar zahlen. Damit sind die Kosten für den Bau und die Inbetriebnahme der lange geplanten Mine am Fluss Ramu gedeckt. Zugleich hat die chinesische Firma das Recht erworben, den gesamten Ausstoß der Mine aufzukaufen. Die bisherige Mehrheitsaktionärin, die neuguineische Firma Highlands Pacific, hält nach dem Verkauf nun gemeinsam mit lokalen Landbesitzern und dem PNG Ministerium für Bodenschätze (Mineral Resources Development Unit) noch 15 % an der Mine. Bereits seit 1998 hatte Highlands Pacific nach einem finanzstarken Investor für den Bau der Mine gesucht.

Der zügige Verkauf der Mine an China erklärt sich mit einer Rohstoffknappheit auf dem chinesischen Markt. China kommt mit der Produktion von Nickel, Kobalt und Bauxit nicht mehr nach und ist aus Importe aus dem Ausland angewiesen. Es fehlt vor allem an rostfreiem Stahl, das aus Nickel hergestellt wird. Die chinesische Firma „Shanghai Baosteel Group“ hat bereits Stahl aus der Ramu-Mine bestellt, da der stahlproduzierenden Firma der

Rohstoff ausgegangen ist. Die Baosteel Gruppe ist das größte stahlproduzierende Werk Chinas. Auch die Firma „Taiyuan Iron & Steel“ hat Interesse an den Rohstoffen aus der Ramu-Mine bekundet. (Bloomberg TV, SMH 21.05.04, <http://www.highlandspacific.com/projects/ramu/Ramu>)

Wieder voll einsatzfähig

Die Gold- und Kupfermine Ok Tedi (Western Province) hat Mitte März wieder ihre volle Produktionskraft erreicht. Anfang des Jahres musste eine der beiden produzierenden Anlagen außer Betrieb genommen werden, nachdem das Hüttenwerk am 21. Januar 2004 einen technischen Defekt erlitten hatte. In den acht Wochen seit dem Defekt konnte nur eine der beiden Förderanlagen mit voller Kraft arbeiten. In diesem Zeitraum wurden deshalb 12.000 Tonnen weniger Kupferkonzentrat gewonnen als geplant. Der Geschäftsführer der Mine, Keith Faulkner, erklärte, den 40-prozentigen Produktionsverlust in den Monaten Januar bis März 2004 werde man bis Ende des Jahres aufholen können. Alle Verträge mit Abnehmern könnten eingehalten werden.

Ok Tedi produziert jährlich rund 200.000 Tonnen Kupferkonzentrat. (National 22.03.04)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

**„Freut euch miteinander
und gebt Gott die Ehre“**

Während der 24. Synode der ELC-PNG in Aiyura wurde das neue Gesangbuch offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit dem Titel „Amamas wantaim na lotu long God“ ist es überschrieben. Es enthält Liturgie-Vorschläge, Lieder, Gebete und Psalmen. Etwa die Hälfte der Lieder besteht aus einheimischen Melodien. Laut Pfarrer Alexander Henning, der vom Bayerischen Missionswerk aus das Projekt begleitet hat, ist das Buch so ansprechend gestaltet, dass es junge und alte Gottesdienstbesucher gleichermaßen anspricht. Henning hat die Arbeiten zusammen mit einem Liturgie- und Gesangbuchausschuss geleitet. Das neue Gottesdienstbuch kann für 26 Kina (ca. 6,50 €) erstanden werden. (National 26.02.04)

Neue Konkordanz überreicht

In Jahre langer Kleinarbeit hat Missionar Werner Strauß eine Konkordanz für die Pidgin-Bibel erarbeitet. Sie konnte während der Synode der ELC-PNG offiziell übergeben werden und gehört zur Grundausstattung eines jeden Theologen. Strauß hat viele Jahre in PNG als Missionar verbracht. Seit 1992 arbeitet er in der Seemannsmission in Singapur. (National 26.2.04)

Neue Lutherische High School in Boana

Die neue Nawaeb Lutheran High School im Boana Distrikt hat auch bei Regierungsstellen höchste Priorität. Im Einzugsgebiet der neuen Schule leben über 36.000 Menschen. Außer dem Schulgebäude konnten auch fünf Lehrerhäuser, zwei extra Klassenräume und ein Raum für den Generator, der die Schule mit Strom versorgt, gebaut werden. Gouverneur Luther Wenge hat versprochen, weitere Mittel für den Bau einer Mensa, für Schüler-Schlafräume und ein kleines

Schullabor frei zu geben. (Post Courier 11.03.04)

Keine Ruhe am MLS

Am Martin Luther Seminar (MLS) in Lae kehrt keine Ruhe ein. Die vier Studenten, die letztes Jahr vom Seminar verwiesen wurden, haben das Seminar nun offiziell wegen Korruption und Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung angeklagt. Der stellvertretende Rektor des Seminars, Pfarrer Daniel Wateto, hat die Vorwürfe als unhaltbar zurückgewiesen. Der Fall wird nun vor dem National Court verhandelt. (National 30.04.04)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Statistik

Die Volkszählung in PNG ergab folgende Statistik bezüglich der Kircheng Zugehörigkeit in PNG. Allerdings sind diese Daten schon wieder überholt, da sie aus dem Jahr 2000 stammen, aber es sind die einzig verfügbaren.

Christen:

Anglikaner:	166.046
Evangelische Allianz:	266.598
Evang.-Lutherisch:	1.001.005
Römisch-Katholisch:	1.391.003
Heilsarmee:	10.377
Siebten-Tags-Advent.:	520.098
United Church:	591.458
Pfingstkirchen:	440.904
Baptisten:	130.987
Sonstige Christen:	415.592

Andere Religionen:

Bahai:	15.409
Sekte „Church of Christ“:	20.516
Jehovas Zeugen:	20.625
andere Religionen:	15.857

Die Gesamtbevölkerungszahl lag im Jahr 2000 bei 5.140.476. Gemäß dieser Statistik gehören 4.934.098 zu einer der christlichen Kirchen, 72.406 Menschen zählen sich in PNG zu einer anderen Religion. 30.733 gaben an, keiner Religion anzugehören und

103.239 machten keine Angaben über ihre Religionszugehörigkeit. (PNG Gossip Newsletter 06.05.04)

Bomana Gefängnis

Für 40.000 Kina wurde im Bomana Gefängnis etwas außerhalb von Port Moresby eine neue Kapelle gebaut, die von allen christlichen Kirchen genutzt wird. Es reiche nicht aus, Gefangene nur physisch wegzusperren. Wenn es zu keiner inneren Umkehr und einem geistlichen Neuanfang von Straftätern komme, dann seien die Chancen auf eine erfolgreiche Reintegration sehr gering. In einer Verlautbarung wurde zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und den Strafvollzugsbeamten aufgerufen. (PNG Newsletter 16.05.04, National 26.04.04)

Kehrseite des Vanille-Booms

Kirchen und Polizei im Ost-Sepik haben auf die Kehrseite des gegenwärtigen Vanille-Booms in dieser Region hingewiesen. Dieser habe eine Reihe von sozialen Problemen in den Dörfern und Familien nach sich gezogen. Da die Männer plötzlich über relativ viel Geld verfügten, hätten sie sich eine zweite oder gar dritte Frau genommen, der Alkoholkonsum sei sprunghaft in die Höhe gestiegen, häusliche Gewalt und Überfälle auf den Straßen hätten deutlich zugenommen und die Teilnahme an Gottesdiensten sei deutlich zurückgegangen.

„Diese Gemeinschaften lebten bisher eigentlich sehr friedlich zusammen, aber nun wurden ihre Lebensverhältnisse erheblich durcheinander gebracht. Es gibt nicht viel, was wir dagegen unternehmen können“, sagte der Polizeipräsident der Provinz, Leo Kabilo. (National 09.03.04)

HIV/AIDS in PNG

Dass HIV/AIDS auch vor PNG nicht Halt macht, hat sich inzwischen auch dort herumgesprochen. Sowohl von der Regierung wie auch von Seiten der Kirchen wird dieses Problem sehr ernst genommen. Aufklärungskampagnen werden durchgeführt und Fortbildungsmaßnahmen werden angeboten. Anfang Mai lud das National AIDS Council eine Gruppe von Journalisten und Kirchenvertretern zu einem zweitägigen Workshop nach Port Moresby ein. Ziel war es, diese Multiplikatoren zu sensibilisieren, um in breit angelegten Kampagnen diesem Problem entgegenzutreten zu können.

Mitte Mai wurde in Lae zu einem öffentlichen Aufklärungsseminar über AIDS eingeladen. Referent war der anglikanische Pfarrer Nicholas Mkaronda aus Simbabwe, der den Zuhörern sehr eindrücklich die Situation in seinem Heimatland schilderte. Seit dem ersten Fall von AIDS im Jahr 1985 sind inzwischen drei Millionen Menschen in diesem afrikanischen Staat von AIDS betroffen. Jede Woche sterben etwa 30.000 Menschen an dem tödlichen Virus. Er rief die Neuguineer auf, vorsichtig und verantwortungsbewusst zu sein. Noch sei es für PNG nicht zu spät, aber es sei dringend nötig, dem Problem offen und entschieden zu begegnen. Am wichtigsten sei es nun für PNG, das Schweigen zu brechen. (National 05.05., 11.05.04)

Nachwuchs gesucht

Um für Nachwuchs in kirchlichen Berufen zu werben, veranstaltet die Römisch-Katholische Kirche mehrere besondere „Events“. Junge Menschen sollen dazu ermutigt werden, ihr Leben in den Dienst Christi zu stellen und sich für die Menschen und die Ausbreitung des Evangeliums zu engagieren. „Die Zukunft der Kirche liegt in der Hand unserer Jugend“, heißt es in der Einladung zu diesen Veranstaltungen. (National 22.04.04)

Ehrwürdige Persönlichkeit als „Governor General“

Der röm.-kath. Erzbischof von Port Moresby, Sir Brian Barnes, hat in seiner Osterbotschaft dazu aufgerufen, einen ehrenwerten Kandidaten für das Amt des „Governor General“ (vergleichbar mit dem Bundespräsidenten bei uns) zu nominieren, der sich deutlich gegen Korruption und den Missbrauch von öffentlichen Geldern einsetze. Für dieses Amt komme nur jemand in Frage, der nicht aus der Politik komme und das Ansehen und den Respekt des Volkes genieße. (National 13.04.04)

Neue Biographie erschienen

Mitte Mai wurde in Port Moresby die Biographie des ersten einheimischen anglikanischen Bischofs, Erzbischof George Ambo, einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Die Autorin Elin Johnston sagte während der Feierlichkeiten: *„Bischof George Ambo war immer eine geistliche und inspirierende Persönlichkeit.“* Ambo wurde 1960 als der erste Einheimische zum Bischof geweiht. Seit 1990 verbringt er seinen Ruhestand und reist bis heute in ganz PNG umher, um Vorträge über die anglikanische Gemeinschaft zu halten. Die Neuerscheinung ist für 45 Kina erhältlich. (Post Courier 17.05.04)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Christlicher Radiosender

Salomonen: Seit Ostern gibt es in Honiara einen neuen christlichen Radiosender. „Good News Radio Solomon Islands“ sendet 24 Stunden lang christliche Musik. In Kürze sollen auch Live-

Programme mit Interviews und Kurzpredigten ins Programm aufgenommen werden. (*Pacific Islands Report 14.04.04*)

† Yoyo Erari Roemadas

Indonesien: Am 16. Mai erlag Frau Yoyo Erari Roemadas in Jakarta ihrem schweren Krebsleiden. Seit vier Jahren war sie Ratsmitglied im Leitungsgremium der VEM (Vereinigte Evangelische Mission, Wuppertal). In Westpapua war sie Leiterin des P3W in Abepura und seiner Zweigstellen in Polimo und Teminabuan. Das P3W ist eine Ausbildungsstätte für Frauen, die größtenteils als „Gemeindehelferinnen“ in den Gemeinden der Indonesischen Christlichen Kirche (Gereja Kristen Indonesia – GKI) eingesetzt sind. Sie hinterlässt ihren Ehemann Dr. Karel Phil Erari und zwei Kinder. (Mitteilung der VEM)

Online-Seelsorge

Neuseeland: Die Presbyterianische Kirche von Aotearoa-Neuseeland hat als erste Kirche im Land einen Online-Seelsorgeservice freigeschaltet. Webmaster Richard Davis erklärte, abwechselnd würden sich je vier Pfarrer als „elektronische Pfarrer“ (englische Kurzform: e-Minister) betätigen. Ziel sei es, Anfragen von Gemeindegliedern oder anderen Interessierten via E-Mail innerhalb von zwei Tagen zu beantworten. Der Service sei vertraulich, wüssten die Pfarrer jedoch keinen Rat, würden die Fragenden an entsprechende Experten verwiesen.

Die „elektronischen“ Pfarrer können unter dem Menüpunkt „Talk to e-Minister“ auf der Internetseite <http://www.presbyterian.org.nz/> kontaktiert werden. (Text J.R., aus: *CWM inside out 02/03 2004, No. 38*)

PAZIFIK ALLGEMEIN

Kirchen äußern sich zu Klimawandel

Vom 6. bis 11. März 2004 hatte der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) seine pazifischen Mitgliedskirchen zu einer Konsultation über die Folgen des Klimawandels in die Republik Kiribati eingeladen. An dem Treffen nahmen rund 50 Personen aus nahezu allen pazifischen Staaten und von unterschiedlichen Kirchen teil. Gastgeber war die Kiribati Protestant Church. Das Treffen der Pfarrer, Sozialarbeiter, Jugendbetreuer sowie der Vertreter des ÖRK und der Pazifischen Kirchenkonferenz (Pacific Conference of Churches, PCC) stand im Kontext des Leitgedankens des Konziliaren Prozesses: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Laut der Präambel der in Kiribati beschlossenen „Otin Taai Deklaration“ sehen sich die Teilnehmenden als Christen in die Pflicht genommen, Gottes Schöpfung zu bewahren und alle schädlichen Aktivitäten zu unterbinden, die zum weltweiten Klimawandel beitragen. In diesem Zusammenhang ist auch das Klimaprogramm des ÖRK zu sehen, dessen kanadischer Koordinator Dr. David Hallman nach Kiribati gereist war.

Die mehrseitige „Otin Taai Deklaration“ (otin taai bedeutet in der Sprache von Kiribati „Sonnenaufgang“ und ist ein Symbol der Hoffnung, J.R.) der pazifischen Kirchen wendet sich mit einer Liste von Empfehlungen an verschiedene Gruppen:

1. Pazifische Kirchen: Diese sollen a) in den jährlichen Haushaltsbudgets einen extra Etat für die Bekämpfung des Klimawandels einrichten, b) lokale Kirchen bei Workshops zum Klimawandel unterstützen, c) Klimawandel in den Schullehrplan aufnehmen, d) einen „Tag des Gebets für den Klimawandel“ organisieren.

2. Pazifische Kirchenkonferenz: Diese soll a) an alle Mitgliedskirchen Informationen über Klimawandel verteilen, b) einen Sonntag im Jahr zum „Pacific Climate Change Sunday“ ausrufen, c) mit anderen Religionsgemeinschaften in Fragen des Klimawandels kooperieren.

3. ÖRK: Dieser soll a) die pazifischen Inseln unterstützen, b) Informationen zum Klimawandel übersetzen und verbreiten, c) die Klimagruppe des ÖRK unterstützen, d) den pazifischen Kirchen bei der Einwerbung von Geldern zur Bekämpfung des Klimawandels helfen.

4. Regierungen der Pazifikstaaten: Diese sollen a) mit Nichtregierungsorganisationen und Kirchen in Fragen des Klimawandels zusammenarbeiten, b) auf die nachhaltige Nutzung ihrer Ressourcen achten, c) Projekte zur Bewusstseinsmachung und Aufklärung unterstützen, d) Klimawandel zur Priorität in ihren Regierungsprogrammen erklären.

5. Regierungen der Industrieländer: Diese sollen a) Verantwortung für den Klimawandel übernehmen, b) das Kyoto-Protokoll ratifizieren, c) die Opfer von Klimafolgen entschädigen und sie in „sichere“ Länder evakuieren.

6. Ölkonzerne und Industrie: Diese sollen a) ihre Haltung ändern und sich für die Umwelt verantwortlich fühlen, b) erneuerbare Energien nutzen, c) Aktionäre unterstützen, die sich mit Kampagnen für den Umweltschutz einsetzen.

Die „Otin Taai Deklaration“ ist in vollem Wortlaut auf der Homepage des ÖRK eingestellt. Sie kann hier heruntergeladen werden:

www.wcc-coe.org/wcc/what/jpc/otin_taii_declaration.html
(WCC Climate Change Info No. 32, 03.04.04)

Bekämpfung der Armut

In dem kürzlich vorgelegten Diskussionspapier zum neuen Fünfjahresplan der „Asian Development Bank“ (ADB) konstatiert der Direktor der Abteilung Ozeanien, Jeremy Hovland, einen Anstieg der Armut auch in Ozeanien.

In dem Strategiepapier für die Jahre 2005 bis 2009 „Responding to the Priorities of the Poor“ (dt.: auf die Bedürfnisse der Armen eingehen) heißt es: *„Der Pazifik fällt hinter andere Entwicklungsländer zurück. Das Wirtschaftswachstum hat mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht Schritt gehalten. Das Pro-Kopf-Einkommen ist gesunken, [...] es gibt nur minimale Berufsaussichten für junge Leute.“* (Übersetzung aus dem Englischen, J.R.).

Die ADB mit Sitz in Manila (Philippinen) definiert Armut dabei nicht nur als „arm an Nahrung“, sondern als Mangel an Grundbedürfnissen wie Trinkwasser- und Stromversorgung, Schulbildung, Infrastruktur, Gesundheitswesen und Transport. Laut dieser Definition gelten 25 % der Bevölkerung in den Pazifikstaaten Fiji, Kiribati, Föderierte Staaten von Mikronesien, Papua-Neuguinea, Salomonen, Timor Loro Sae und Vanuatu als „arm“.

Als besondere Probleme für kleine Pazifikstaaten nennt der ADB-Bericht die Versorgung mit Trinkwasser, das Abwassersystem, die Abholzung der Regenwälder, den Klimawandel und den Anstieg des Meeresspiegels. Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und die Abwanderung der Wissensebenen („brain drain“) bedrohen die Existenz vieler pazifischer Völker in besonderer Weise. Als große Herausforderung

sieht die ADB auch den Anstieg der Kriminalität und der ethnischen Auseinandersetzungen (Beispiel: Salomonen, PNG, Fiji) sowie die „law and order“ Probleme in einigen Staaten. Dies sowie Schwächen in sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen und Institutionen der Regierungen seien die Hinderungsgründe für Wachstum und wirtschaftlichen Aufschwung.

Die ADB definiert in ihrem Strategiepapier zwei Prioritäten bei der Bekämpfung der Armut:

- 1) den Menschen die Möglichkeit zu geben, eigenes Geld zu verdienen (Ziel 1: *„Enable the poor to gain access to efficient markets for goods and services and to secure decent jobs“*) und
- 2) den Menschen Basisleistungen wie soziale Dienste, Bildung und Gesundheit anzubieten (Ziel 2: *„Improve social service outcomes for the poor. Devise and support more effective development processes“*).

(Flash d'Océanie 22.04.04.)

Der vollständige Bericht der ADB kann heruntergeladen werden unter:
http://www.adb.org/Documents/Policies/Pacific_Strategy/pcfstrat2005-09_draft.pdf

Anstieg der AIDS-Erkrankungen

Laut einer kürzlich veröffentlichten Statistik des Sekretariats der Pazifischen Gemeinschaft (Secretariat of the Pacific Community, SPC) leiden knapp 9.000 Pazifikinsulaner an der Immunschwächekrankheit AIDS. Es handelt sich hierbei nur um die offiziell gemeldeten Krankheitsfälle, die Dunkelziffer wird von der Weltgesundheitsorganisation WHO weitaus höher angesetzt.

In Papua-Neuguinea sind 8.202 Fälle bekannt, es folgen Kanaky mit 246 Erkrankten, Guam (173), Französisch-Polynesien (226),

Fiji (143) und Tuvalu (9). Bisher wurden aus folgenden pazifischen Ländern keine AIDS-Fälle gemeldet: Cook-Inseln, Niue, Pitcairn und Tokelau.

(<http://www.spc.org.nc/>,
<http://www.vatu.com>, Oceania Flash 14.04.04, Flash d'Océanie 26.04.04)

„Reporter ohne Grenzen“ mahnen Pressefreiheit an

Die international tätige Nichtregierungsorganisation „Reporters Sans Frontières“ (RSF) mit Sitz in Paris hat anlässlich des „14. Internationalen Tags der Pressefreiheit“ am 3. Mai 2004 die Regierungen von Tonga und Fiji abgemahnt. In der aktuell veröffentlichten 48-seitigen Broschüre „2003 Global Press Freedom World Tour“ verurteilt RSF den 85-jährigen tonganischen König Taufa'ahau Tupou IV. als einen „Feind der Pressefreiheit“. In die Kategorie „Politiker mit erblichem Titel“ fallen nach Angaben von RSF noch fünf weitere Feinde der Pressefreiheit: Der Präsident von Äquatorial Guinea, der König von Nepal, der Kronprinz von Saudi-Arabien, der König von Swaziland sowie der syrische Präsident. Die sechs „Politiker mit erblichem Titel“ sind nur eine Kategorie von den insgesamt 37 „Widersachern der Pressefreiheit“ weltweit. Darunter fallen u.a. fünf militante Gruppen, sechs scheinbar demokratische Führer, sechs autoritäre Staatschefs, vier Militärdiktatoren, vier zivile Diktatoren und einige so genannte „Dinosaurier“ (u.a. Fidel Castro, Robert Mugabe).

Die „Reporter ohne Grenzen“ erklärten den tonganischen König zum Feind der Pressefreiheit, weil er im Jahr 2003 die Verfassung ändern ließ, um die Herausgabe der regierungskritischen „Taimi o' Tonga“ verbieten zu können und Zwangslizenzen für die Herausgabe anderer Zeitungen einführen zu können. Auch andere Mitglieder des tonganischen Königshauses wurden abgemahnt, u.a. die Königin Halaevalu Mata'aho. Sie bezeichnet

Journalisten als respektlos, wenn diese nicht vor ihr knien und den Kopf neigen.

RSF mahnte ebenso die Gefährdung der Pressefreiheit in Fiji an. Zwar sei die Einführung eines Medienaufsichtsrates gescheitert und die Presse sei nach wie vor verfassungsgemäß frei, doch gäbe es viele Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Regierungskritische Journalisten, vor allem Indo-Fijianer, würden der Lüge oder des Rassismus beschuldigt.

Info: Seit dem 1. Januar 2004 wurden weltweit 13 Journalisten in Ausübung ihres Amtes getötet, sechs Assistenten wurden umgebracht, 431 Journalisten wurden verhaftet, 366 Journalisten wurden bedroht oder geschlagen, 178 Medien wurden zensiert (Stand: 3. Mai 2004). (*Vincent Brosel, Asia-Pacific Desk der RSF 03.05.04, http://www.rsf.org/article.php3?id_article=10226, <http://www.reporter-ohne-grenzen.de>*)

China neues SPTO-Mitglied

Die Volksrepublik China ist Ende April als 13. Mitgliedsland in die südpazifische Tourismuskommision (South Pacific Tourism Organisation, SPTO) aufgenommen worden. In einer Feierstunde übergab der chinesische Botschafter in Suva (Fiji), Cai Jinbiao, dem fijianischen Tourismusminister Ratu Napolioni Masirewa einen Scheck über 75.000 US-Dollar. Es handelt sich um die jährliche Mitgliedsgebühr Chinas. Botschafter Jinbiao sagte, die Mitgliedschaft Sorge für noch mehr gegenseitiges Verständnis zwischen dem Pazifik und China und führe zu einer verbesserten Zusammenarbeit auf dem Tourismussektor.

Ratu Masirewa begrüßte die Aufnahme Chinas ebenfalls. Man erhoffe sich, dass China einigen pazifischen Ländern das Qualitätssiegel „anerkanntes Urlaubsziel“ erteile. Dieses Siegel wäre für viele Chinesen ausschlaggebend bei der Wahl des Urlaubs-

landes und würde zu einem Anstieg der Besucherzahlen führen.

Die SPTO war 1968 unter dem Namen „Tourism Council of the Pacific“ gegründet worden. Sie hatte bis dato zwölf pazifische Mitgliedsländer: Cook-Inseln, Fiji, Kiribati, Neukaledonien, Niue, Papua-Neuguinea, Französisch-Polynesien, Samoa, Salomonen, Tonga, Tuvalu und Vanuatu. Im März 2001 hatte die SPTO ihre Satzung so geändert, dass auch größere, kosmopolitische Anrainerstaaten Mitglied der pazifischen Tourismusvereinigung werden können. Der Sitz der Organisation ist Suva. (*Flash d'Océanie 29.04.04, www.spto.org/news/press/newsletter15_04.shtml#headline3*)

BRENNPUNKT INDONESIEN

Wirrarr bei den Parlamentswahlen

Die Wahlen zu den Parlamenten auf Landes-, Provinz- und Kreisebene in Indonesien haben am 5. April 2004 stattgefunden.

In der Provinz Papua (P) und „Irian Jaya Barat“ („IJB“) öffneten zahlreiche Wahllokale erst einige Tage nach dem Stichtag und einige überhaupt nicht. Auch hat nur ein Teil der Papua-Bevölkerung an der Wahl teilgenommen. Laut Angaben in der Tageszeitung „Jakarta Post“ sind in der gespaltenen Provinz bis dato weniger als 150.000 Stimmen ausgezählt worden, bei einer Bevölkerung von 2,4 Millionen Menschen.

Vergleicht man das Wählerverhalten in Papua mit dem indonesischen Durchschnitt, so fallen Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf. Die alte Soeharto-Partei Golkar liegt hier wie dort an erster Stelle, in Papua sogar

etwas über dem nationalen Durchschnitt (P. 25,5 %, „IJB“ 21,4 %, Indon. 21,2 %). Golkar hatte sich kritisch zur Teilung der Provinz geäußert, und das kam bei vielen offensichtlich gut an. Man konnte ja nicht wissen, dass der für die Massaker in Osttimor verantwortliche General Wiranto zwei Wochen später zum Präsidentschaftskandidaten gekürt werden würde.

Präsidentin Megawatis PDI-P wurde abgestraft (P. 10,2 %, „IJB“ 13,9 %, Indon. 19,4 %), weil sie die Durchsetzung des Gesetzes zur Sonderautonomie missachtet und dem Militär einen Freibrief zur Schändung der Menschenrechte in Westpapua gegeben hat. PDI-P liegt jetzt nur knapp vor der neuen „Demokratischen Partei“ (PD) des Hoffnungsträgers Susilo Bambang Yudhoyono (P. 9,4 %, „IJB“ 5,4 %, Indo. 7,5 %) und der christlichen Friedens- und Wohlstandspartei PDS (P. 8,5 %, „IJB“ 14,1 %, Indo. 1,65 %).

Die islamischen Parteien haben allesamt in Papua schlechter abgeschnitten als im nationalen Durchschnitt. Nur die Partei des ehemaligen Präsidenten und in Papua gut angesehenen Abdurrahman Wahid (PKB) schaffte in Papua die Fünfprozenthürde (P. 5,5 %, „IJB“ 1,6 %, Indo. 11,8 %). Im Vogelkopfgebiet steht die „Partei des Einheitlichen Aufbaus“ (PPP) des konservativen islamischen Vizepräsidenten Hamsah Haz etwas besser da (P. 2,7 %; „IJB“ 6,3 %, Indo. 8,3 %). Die in Jakarta so populäre und national an sechster Stelle stehende neue moralisch-islamische Partei PKS schneidet in ganz Papua nicht so gut ab (P. 3,6 %, „IJB“ 1,7 %, Indo. 7,2 %).

Zum Glück hat sich die Bevölkerung auch nicht von dem Opportunisten Amien Rais täuschen lassen, der während des Bürgerkrieges in den Molukken die Muslime zum Dschihad aufgerufen hatte. Seine PAN bekommt landesweit knapp 6,5 %, in Pa-

pua knapp 4 % und in „Irian Jaya Barat“ 1,4 %.

In der so genannten neuen Provinz „Irian Jaya Barat“ wurden die Wahlkandidaten vor der Wahl nicht bekannt gegeben. Das Recht des Volkes, sich vorher über seine Vertreter zu informieren, wurde bewusst missachtet – ein Vergehen nach dem indonesischen Gesetz. Auch scheint es, dass die Wahlen in einigen Gebieten bewusst von der Nationalen Wahlkommission (KPU) in Jakarta verschoben wurden. Einige kritische Kandidaten wurden in letzter Minute gestrichen. Demnächst wollen auf diese Weise geschädigte Politiker die KPU anklagen.

Ungeachtet des Wirrwarrs bei den Parlamentswahlen soll es Anfang Juli schon wieder andere Wahlen geben. Zum ersten Mal sollen Präsident und Vizepräsident direkt vom Volke gewählt werden. In den landesweiten Meinungsumfragen sollen Susilo Bambang Yudhoyono an erster und Megawati Soekarnoputri an zweiter Stelle stehen. Allerdings hat auch General Wiranto, dessen Partei Golkar die Parlamentswahlen gewonnen hat, gute Chancen. Amien Rais versucht es wie 1999 wieder mit Tücke: er fordert alle „islamischen Kräfte“ auf, Susilo Bambang Yudhoyonos Wahl, dem er - wie damals der PDI-P - christliche Unterwanderung vorwirft, zu verhindern. Dazu will er eine „Achse der nationalen Rettung“ bilden, scheint aber bisher nicht erfolgreich zu sein. Susilo Bambang Yudhoyono ist ein entschlossener „Law-and-Order-Mann“ und wird in Papua geschätzt. (Uwe Hummel, Koordinator des Westpapua-Netzwerkes in E-Info 23.04.04, gekürzt durch J.R.)

Viele Opfer durch Dengue

Der Ausbruch einer Dengue-Fieber-Epidemie in Indonesien hat seit Anfang des Jahres 634 Menschen das Leben gekostet. Bis April waren mehr als 54.000

Menschen an der Virusinfektion erkrankt (zum Vergleich: im Gesamtjahr 2003 erkrankten 53.000 Menschen, 792 davon starben). Die Epidemie grassiert vor allem auf der Insel Java.

Info: Dengue-Fieber wird durch Stechmücken auf den Menschen übertragen. Größere Ausbrüche werden in den tropischen Zonen im Anschluss an Monsun- und Regenzeiten beobachtet. Die Gesamtzahl der jährlichen Erkrankungen wird auf 30 bis 60 Millionen geschätzt. (Radio Australia 05.03., 13.04.04, www.fit-for-travel.de)

BERICHTE AUS DEN INSELSTAATEN

MELANESIEN

Kompensationen für Zwangsarbeiter gefordert

Die Regierung von Vanuatu lässt zurzeit von Außenminister Moana Carcasses prüfen, inwieweit Klagen auf Entschädigungszahlungen für Angehörige ehemaliger Zwangsarbeiter Aussicht auf Erfolg vor britischen und französischen Gerichten hätten. Eine Gruppe Angehöriger von rund 1.000 Zwangsarbeitern hatte sich an Carcasses gewandt und ihn gebeten, das Thema in den nächsten Monaten bei den Regierungen der ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und England anzusprechen. Frankreich und Großbritannien teilten sich von 1906 bis 1980 die Verwaltung des Kondominiums „Neue Hebriden“ (seit 1980: Republik Vanuatu).

Hintergrund der Kompensationsforderungen ist die Praxis euro-päischer und südamerikanischer Händler, Ende des 19. Jahrhunderts Pazifikinsulaner zu

kidnappen bzw. sie unter Vor-
spiegelung falscher Tatsachen auf Schiffe zu locken.

Die Männer wurden zu den Zuckerrohrplantagen in Fiji und Queensland (Nordaustralien) verschifft und mussten dort zu Niedrigstlöhnen arbeiten. So genannte „Blackbirder“ – Männer, die die Arbeiter anwarben oder unter Zwang verschleppten – sorgten dafür, dass die Schiffe auf ihren Fahrten zu den Plantagen immer voll besetzt waren. Erst nach 1870 hörte die zwangsweise Verschiffung von Arbeitern auf, als die Briten in ihren Protektoraten den „Master and Servants Act“ einführten.

Der Volksmund spricht von den Arbeitern als „Sklaven“. Rein juristisch handelte es sich jedoch nicht um Sklaven, da die Angeworbenen mehr oder minder freiwillig einen Vertrag über eine gewisse Zeit als Kontraktarbeiter unterzeichneten. Sie galten so als Arbeitsverpflichtete („indentured labour“). Oft wurden sie im Unklaren über die Länge ihrer Arbeitsverpflichtung gelassen. Viele Arbeiter gingen in dem Glauben, sie seien für ein Jahr beschäftigt. Sie wurden erst vor Ort davon unterrichtet, dass sie einen Dreijahresvertrag unterschrieben hatten. Dieses „Missverständnis“ kam u.a. durch die hohe Analphabetenquote zustande.

Bei den freiwilligen Arbeitern spricht die Fachliteratur manchmal von „cultural kidnapping“, weil den Männern als Ausgleich zur Arbeitsleistung begehrte europäische Güter versprochen wurden. Einige geeignete Männer zwischen 16 und 35 Jahren wurden z.B. betrunken gemacht und aufs Schiff verschleppt. Sie wachten erst auf hoher See auf und sahen keine andere Möglichkeit, als den Arbeitsvertrag zu unterzeichnen.

Die Arbeiter wurden für eine Summe zwischen sechs und neun britische Pfund an Plantagenbesitzer verkauft. Für ihre

Sechstageswoche à zehn Arbeitsstunden täglich auf der Plantage erhielten sie einen Jahreslohn von sechs Pfund. Zum Vergleich: Ein „weißer“ Arbeiter wurde mit 40 Pfund jährlich entlohnt. Die Sterblichkeit unter den melanesischen Arbeitern war weitaus höher als die unter Europäern. Sie betrug 55:1000 (zum Vergleich: 10 Tote auf 1.000 Menschen bei Europäern).

Mehr als 30.000 Arbeiter (andere Quellen: 40.000 Arbeiter) aus Vanuatu wurden Ende des 19. Jahrhunderts auf die Plantagen nach Queensland, Neukaledonien und Fiji verbracht.

Zwischen 1863 und 1904 fanden 870 Schiffspassagen mit Arbeitern statt. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 62.475 Melanesier für die Zuckerrohrplantagen in Queensland sowie 26.460 Menschen für die Plantagen in Fiji angeworben. Erst 1906 hörte die Anwerbung von Melanesiern auf. Das unabhängige Australien fürchtete eine „Überfremdung“ des Landes durch die schwarzhäutigen Pazifikinsulaner und deportierte im Namen seiner „White Australia Policy“ Tausende Melanesier zurück in ihre Heimatländer.

Außenminister Moana Carcasses beurteilt die Chancen auf eine erfolgreiche Klage als sehr gering. In einem Gespräch mit Vertretern der Angehörigengruppe ehemaliger (Zwangs-)Arbeiter sagte er, die Menschen sollten kein Geld erwarten. Allerhöchstens sei mit einer offiziellen Entschuldigung seitens der britischen Regierung zu rechnen.

Die australische Regierung hatte eine Entschädigungszahlung oder eine offizielle Entschuldigung bereits abgelehnt. Diese Vorgänge seien lange verjährt, erklärte Außenminister Alexander Downer. (*Flash d'Océanie* 15.04.04, *David Fickling in The Guardian*, 13.04.04, „Colonial Labour Trade“ in *The Pacific Islands- An Encyclopedia*, S. 202ff., *Moon Travelhandbook The South Pacific*, S. 278ff., *Paul Bartisan im Pacific News Bulletin* Vol. 18, 11/03)

Neuer Präsident gesucht

Vanuatu: Alfred Maseng hieß der neue Präsident der Republik Vanuatu für den Zeitraum von Ostermontag bis zum 7. Mai 2004. Maseng war der fünfte Präsident seit der Unabhängigkeit des französisch-britischen Kondominiums „Neue Hebriden“ im Jahr 1980. Das Wahlmännergremium schaffte es erst im vierten Wahldurchgang, die erforderliche Zweidrittelmehrheit für Maseng (40:16 Stimmen) zu gewinnen. Im Wahlmännergremium sitzen 52 Delegierte sowie die Präsidenten der sechs Provinzen des melanesischen Archipels.

Maseng war der bevorzugte Kandidat der Opposition unter Barak Sopé, die Regierung unter Premierminister Edward Natapei hatte Kalkot Mataskelekele von der Partei „Vanuaaku Pati“ unterstützt.

Der anglophone Alfred Maseng stammt von der Insel Ambrym in Nordvanuatu. Er ist ein „alter Hase“ im Politikgeschäft, war er doch bereits von 1991 bis 1997 Parlamentspräsident.

Maseng war zum Nachfolger des anglikanischen Priesters John Bani gewählt worden, bis im Mai herauskam, dass er straffällig geworden war und einen Eintrag im Strafregister vorwies. Im vergangenen Jahr war Maseng zu zwei Jahren Haft wegen Veruntreuung von Geldern verurteilt worden. Unter diesen Umständen hätte Maseng gar nicht für das Amt des Präsidenten kandidieren dürfen, erklärte Richter Vincent Lunabek vom Obersten Gerichtshof von Vanuatu, der den Präsidenten nach nur einem knappen Monat von seinem Amt suspendierte. Zum Interimspräsidenten wurde Roger Abiut ernannt, der Präsident des Parlaments. Bereits in der ersten offiziellen Parlamentssitzung in der Saison löste Abiut das Parlament mit der Begründung auf, es müsse zunächst ein neuer Regie-

rungspräsident gewählt werden. Premierminister Edward Natapei begrüßte die Auflösung des Parlaments.

Auf eine Klage der Opposition gegen die Parlamentsauflösung hin entschied das Oberste Gericht, die Auflösung sei rechtmäßig, da laut Verfassung der Parlamentspräsident zum Interims-Regierungspräsidenten würde, wenn dieser ausfallen sollte. Damit hatte Abiut alle Rechte des Präsidenten. Neuwahlen des Parlaments sollen nun am 6. Juli dieses Jahres stattfinden.

Info: Laut Verfassung hat der auf fünf Jahre gewählte Präsident Vanuatus die Aufgabe, „die Einheit der Nation zu symbolisieren“. Er verkündet öffentlich die vom Parlament verabschiedeten Gesetze. Zudem darf er Straftäter begnadigen oder das Strafmaß verringern. (*Radio New Zealand* 13.04.04, *Flash d'Océanie* 13.04., 10.05., 11.05., 13.05., 14.05., 18.05.04)

Lafleur tritt zurück

Kanaky: Am 9. Mai 2004 wurde in den drei Provinzen Nord, Süd und Loyalty Inseln von Neukaledonien (Kanaky) gewählt. Die Wahlbeteiligung der 120.000 Wahlberechtigten lag bei 76,4 %. Rund 10.000 Menschen wurden von der Wahl ausgeschlossen, weil sie in den letzten zehn Jahren nicht kontinuierlich in Neukaledonien ihren ersten Wohnsitz hatten.

Die Wahlsieger aus den drei Provinzen stellen den so genannten „Kongress“, das Parlament des französischen Überseeterritoriums.

Überraschend verlor die seit mehr als 25 Jahren dominierende Partei „Rassemblement pour une Calédonie dans la France“ (RPCR-UMP) die Mehrheit im Parlament. Statt bisher 24 Sitzen gewann die RPCR nur 16 der insgesamt 54 Sitze. Sie zog damit gleich mit der relativ neuen

Partei „Avénir ensemble“ (AE, dt. Zukunft zusammen), in der sich Regimekritiker und Unabhängigkeitsgegner zusammengeschlossen haben, die mit der dominanten Rolle der RPCR-UMP und dessen Vorsitzendem Lafleur nicht mehr einverstanden waren.

Die Unabhängigkeitspartei „Union national pour l'Indépendance - Front de Libération Nationale Kanak et Socialiste“, eine sozialistische Gruppierung, gewann acht Sitze. Die Zersplitterung der zahlreichen kleineren Unabhängigkeitsparteien zeigte sich erneut im Wahlergebnis. So kam die größte dieser Parteien, die Union Calédonienne, auf nur sieben Sitze, je einen Sitz gewannen die „Union des Comités de la Coopération pour l'Indépendance“, die „Union Calédonienne Renouveau“ und die extrem linke Partei „Libération Kanak Socialiste“.

Die hohen Verluste der RPCR-UMP veranlassten den Parteivorsitzenden Jaques Lafleur, sein Amt einen Tag nach der Wahl niederzulegen. Über 27 Jahre hatte der pro-französische Politiker Lafleur die Geschicke der Partei der Unabhängigkeitsgegner geleitet. Trotz des Rückzugs aus der politischen Szene von Neukaledonien behält der 71-jährige Lafleur seinen Sitz im Senat des französischen Mutterlandes. Bereits 2002 hatte Lafleur seinen Rücktritt nach Ende seiner Amtszeit zum Mai 2004 angekündigt. Trotzdem hatte sich der Politiker vor Monaten entschlossen, erneut an der Spitze der RPCR zu kandidieren.

Zum Präsidenten des Kongresses wurde mit 28:26 Stimmen Harold Martin gewählt. Das ehemalige Parteimitglied der RPCR war in die „Avénir ensemble“-Partei übergelaufen. Nach der konstituierenden Sitzung des Kongresses am 21. Mai bleiben den Parlamentariern 21 Tage zur Ernennung des 5 bis 7-sitzigen Kabinetts. Dies wiederum muss bis spätestens fünf Tage nach seiner Benennung den neuen

Regierungschef des Landes gewählt haben. (*Pacific Beat, Radio Australia 10.05.04, Oceania Flash 09.05., 14.05., 21.05., 24.05.04, Radio New Zealand 11.05.04, www.electionworld.org*)

Massengräber und Versöhnung

Salomonen: Ein Team aus Polizisten und Gerichtsmedizinern hat acht Massengräber an der Weathercoast der Insel Guadalcanal freigelegt und die Leichen exhumiert. In den Gräbern wurden die Körper von 22 Menschen gefunden. Bei zehn der Toten handelt es sich um Männer aus Kwaio von der Insel Malaita, die von Rebellenführer Harold Keke getötet worden waren. Der inzwischen verhaftete Keke hatte der Polizei den Standort der Massengräber genannt. Die Tötung der gefundenen Menschen gab Keke zu.

Das Spezialistenteam befindet sich zurzeit an der Weathercoast, um weitere Gräber zu öffnen und um Nachforschungen über die begangenen Gräueltaten von Keke und seinen Anhängern vorzunehmen. Im letzten Jahr waren bereits zehn Massengräber an der Weathercoast entdeckt worden.

Die Spezialisten arbeiten im Auftrag der „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI), die im vergangenen Jahr von Australien eingesetzt wurde, um Recht und Ordnung auf den Salomonen wieder herzustellen und Frieden zu stiften. Dazu beteiligen sich Fachkräfte der RAMSI auch an Versöhnungsfeiern der Einheimischen. So nahm ein RAMSI-Koordinator kürzlich an der Versöhnungszeremonie von 15 kleineren Stämmen der Aenafou in Ostmalaita teil. Die 100 Männer und Frauen hatten sich im Kulturzentrum von Biudolo getroffen, um sich gegenseitig begangenes Unrecht zu vergeben und die Familienbande innerhalb der Aenafou erneut zu stärken. An der Feier nahmen kirchliche Würdenträger sowie

Mitglieder der Provinzregierung von Malaita teil. Der stellvertretende Premier der Provinz Malaita, Herr Sofu, sagte, die Provinzregierung unterstütze den Versöhnungsprozess zwischen den verfeindeten Klanen von Malaita und Guadalcanal.

Seit Ankunft der RAMSI wurden 1.700 Menschen verhaftet. Sie sollen während der langjährigen Auseinandersetzungen zwischen Malaitanern und den Menschen von der Hauptinsel Guadalcanal verschiedenste Verbrechen (Raub, Plünderung, Vergewaltigung, Totschlag) begangen haben. Der Polizeipräsident der Salomonen, Ben McDevitt, erklärte gegenüber Radio Australia, die hohe Zahl der Verhaftungen habe das Rechtssystem des Landes auf eine harte Probe gestellt. Da es nur zwei Gerichtshöfe gäbe, sei man bei den Verhandlungen über die mutmaßlichen Straftäter in Verzug geraten. Ein drittes Gericht sei nötig, um mit den vielen Verhafteten ins Gericht gehen zu können. (*SIBC 03.05.04, Radio New Zealand 06.05.04, Radio Australia 11.05.04*)

MIKRONESIEN

Taifun schädigt Yap

FSM: Yap, einer der vier Staaten der Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), ist am 9. April von einem schweren Taifun namens „Sudal“ getroffen worden. Der amerikanische Präsident George W. Bush erklärte die 134 Inseln und Atolle, davon nur 22 bewohnte, zum Katastrophengebiet. Yap ist ein sich selbst regierender Staat in freier Assoziation mit den USA.

Der Taifun raste mit einer Windgeschwindigkeit von 180 bis 225 km/h über die Atolle und zerstörte Häuser, Gärten, Straßen und öffentliche Gebäude sowie das einzige Krankenhaus der Insel. Laut Nachrichtendienst „Pacific Daily News“ wurden 90 %

der Infrastruktur und ebenfalls 90 % der Ernte zerstört. Die Strom- und Trinkwasserversorgung fiel für zwei Tage aus. Menschen kamen nicht zu Schaden. Allerdings wurden rund 900 der 8.000 Einwohner der Inseln obdachlos, sie bezogen Notunterkünfte in Schulen und Kirchen.

Katastrophenhilfe leistete die amerikanische Nothilfe FEMA (Federal Emergency Management Agency), sie schickte per Flugzeug Hilfsgüter, Medikamente und Decken aus Guam. (*Pacific Daily News* 13.04.04, *Flash d'Océanie* 12.04.04, *Pacific Magazine* May 2004)

Nauru vor Ruin

Nauru: Die kleinste Republik der Welt steht vor dem finanziellen und politischen Aus. Die Schuldenlast der nur 21 Quadratkilometer großen mikronesischen Republik ist enorm. Nauru schuldet u.a. der amerikanischen „General Electric Capital Corporation“ (GEC, vergleichbar der BMW-Bank in Deutschland) 230 Millionen AUS-Dollar. Nauru hat bei der GEC eine Hypothek auf alle Liegenschaften der Republik in Australien und Übersee aufgenommen.

GEC hatte Nauru Anfang der 90er Jahre Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland vorfinanziert. Dazu lieh der amerikanische Finanzkonzern Nauru 200 Millionen AUS-Dollar unter der Bedingung, dass der Inselstaat 10 % Zinsen jährlich zahlt sowie den zusätzlichen 20-prozentigen Anteil an der Wertsteigerung der Immobilien in Übersee.

Zurzeit der Unabhängigkeit Naurus im Jahr 1968 war die Republik eines der reichsten Länder der Welt. Das Pro-Kopf-Einkommen der rund 12.500 Einwohner gehörte Anfang der 70er Jahre zum höchsten der Welt. Grund war das reichhaltige Phosphatvorkommen (sprich: Vogelkot) auf der Insel. Phosphat verwendet man hauptsächlich als

Düngemittel und wegen der komplexbildenden, waschaktiven Eigenschaft als Zusatz in Wasch- und Reinigungsmitteln. Der meterhoch aufgetürmte Vogelkot wurde im Tagebau abgebaut und rund um den Globus als Dünger verschifft. Großbritannien, Neuseeland und Australien, die das Land bis zu seiner Unabhängigkeit gemeinsam verwalteten, beuteten auch gemeinsam die Phosphatvorkommen aus. Dafür leisteten sie millionenschwere Kompensationszahlungen. Mit Hilfe dieser konnte Nauru Immobilien im Pazifik (u.a. in Australien und Fiji) im Wert von mehreren Milliarden AUS-Dollar erwerben. Gekauft wurden die Immobilien vom so genannten „Nauru Phosphate Royalties Trust“, in den die Gewinne aus dem Phosphatexport und die Reparationen eingezahlt worden waren. Mit zunehmenden finanziellen Verlusten durch das Ende des Phosphatabbaus (3/4 der Phosphatvorkommen sind bis dato erschöpft) musste Nauru immer neue Hypotheken aufnehmen. Die Grundsuld der GEC ist dabei die größte.

Die Rückzahlung dieser Schulden war Anfang Januar fällig, wurde jedoch bis zum 5. Mai verlängert. Trotzdem haben Konkursverwalter bereits die Kontrolle über Naurus Immobilien in Australien übernommen. Zu den Besitztümern Naurus in „down under“ zählen u.a. das lukrative „Mercury Hotel“ in Sydney sowie das „Nauru House“ in Melbourne.

Bereits in der Vergangenheit war Nauru mehrfach dem Bankrott nahe. Einen Aufschub brachte die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen der „pazifischen Lösung“ vor knapp drei Jahren, für die Nauru von Australien rund 30 Millionen AUS-Dollar erhielt.

Angeblich galt Nauru auch als Umschlagplatz für Schwarzgelder der russischen Mafia, deren Bosse dort Gelder gewaschen haben sollen. Zudem war die Hauptstadt Yaren ein „Steuerhafen“ für über 400 Banken aus dem Ausland,

die alle die gleiche Adresse hatten: ein Regierungspostfach.

Auf politischer Ebene herrscht ebenfalls Chaos. Anfang April verkündete Parlamentspräsident Ludwig Scotty seinen Rücktritt aus Protest gegen die Regierung unter Regierungspräsident René Harris. Dieser hatte sich geweigert, den Haushaltsentwurf für 2004 vorzulegen und über ihn abstimmen zu lassen. Verschiedene Versuche, einen neuen Parlamentspräsidenten zu wählen, sind gescheitert. Das Parlament darf laut Verfassung nur tagen, wenn ein Parlamentspräsident gewählt ist. Erschwerend kommt hinzu, dass einige der nur 18 Parlamentarier zur Opposition übergewechselt sind und Harris regierende Partei die Mehrheit verloren hat.

Bei einem Treffen in Melbourne zwischen Präsident Harris und dem australischen Außenminister Alexander Downer bekundete der letztere seinen Entschluss, Nauru auch weiterhin finanziell zu unterstützen. So sollen australische Entwicklungshilfegelder in Höhe von 22,5 Mio. AUS-Dollar, über deren Freigabe am 25. Februar dieses Jahres in einem bilateralen Abkommen entschieden worden war, bereits jetzt freigesetzt werden in der Hoffnung, die drohende Insolvenz des Kleinstaates abzuwenden. Australien wird außerdem Finanzfachleute, Wirtschaftsprüfer und weitere Experten nach Nauru schicken. Sie sollen den Staat aus der Finanzmisere führen und den Bankrott abwenden.

Inzwischen hat die indische Immobilienfirma Hiranandani angeboten, Naurus Immobilien in Australien übernehmen zu wollen und im Gegenzug die Schulden an die GEC zu begleichen. Der Wirtschaftsminister von Nauru, Remy Namaduk, erklärte, die Verhandlungen mit der indischen Firma steckten noch in den Kinderschuhen. Auch habe das international tätige Investmentunternehmen „Babcock & Brown“

Interesse an Naurus Immobilienportfolio signalisiert.

(AFP 15.04.04, ABC Asia Pacific 15.04., 16.04., 20.04.04., <http://www.ge.com>, Tahiti-press 18.04.04, Oceania Flash 19.04., 20.04., 21.04.04, Berliner Zeitung 24.04.04, Flash d'Océanie 29.04.04, Radio New Zealand 02.05., 03.05.04)

POLYNESIEN

Müllproblem auf Tonga

Tongatapu: Die Entsorgung von Müll ist nach Einschätzung von Umweltminister Uilou Samani eines der größten Probleme auf der Insel Tongatapu (Königreich Tonga). Eine mögliche Lösung sei die härtere Bestrafung von Umweltsündern, so der Minister in einem Gespräch mit der Tageszeitung „Matangi Tonga“. Die rund 70.000 Bewohner der größten Insel von Tonga hätten sich leider angewöhnt, ihren Müll einfach auf die Straße zu werfen bzw. ihn auf ungenutztem Gelände oder vor leerstehenden Gebäuden zu deponieren. Dabei handle es sich nicht nur um „Kleinmüll“, sondern auch um defekte Geräte wie Kühlschränke oder Autos. Auch Problem Müll wie altes Motoröl, Autobatterien und Generatoren würden abgestellt. Besonders widerwärtig seien die vielen Babywindeln auf den Straßen, erklärte der Umweltminister. Er hofft nun auf die Umsetzung eines im Dezember 2003 vom australischen Außenminister Alexander Downer unterzeichneten Projekts zur Müllentsorgung.

Die australische Regierung fördert mit acht Millionen Tonga Pa'anga (ca. 3,4 Mio. €) den Bau einer modernen Mülldeponie nahe des Ortes Vaini, die für die nächsten 25 Jahre reichen soll. Die alte Deponie in Popua sollte wegen Überfüllung und Gefähr-

dung der Anwohner bereits vor vier Jahren geschlossen werden. Es waren jedoch keine finanziellen Mittel für eine neue Deponie vorhanden. Zusätzlich zur neuen Müllhalde, die auch über eine Sonderdeponie für Problem Müll verfügen soll, müsste die Müllabfuhr dringend aufgestockt werden, erklärte Samani. Bisher verfügt Tongatapu nur über ein einziges 15 Jahre altes Müllfahrzeug, das den anfallenden Müll nicht alleine bewältigen könne. Dies sei bisher immer eine gute Entschuldigung für die Bürger gewesen, ihren Abfall auf die Straße zu werfen. Die Deponie in Vaini soll voraussichtlich Ende 2005 in Betrieb genommen werden.

Hintergrund: In einem Ende März veröffentlichten Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme, UNEP) identifizieren die Verfasser das Müllproblem als eines der zentralen Umweltprobleme in kleinen Inselstaaten. Abfall bedrohe neben dem Anstieg des Meeresspiegels, der Überfischung, der Wasserknappheit und dem schlechten Abwassersystem die Inselstaaten in besonderer Weise. Müll sei nicht nur eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit, sondern bedrohe auch die wirtschaftliche Existenz vieler Inseln, da Touristen saubere Urlaubsorte vorzögen. Eine Insel, deren Strände und Straßen mit Abfall verunreinigt seien, würde man nicht als Urlaubsziel weiterempfehlen, heißt es in dem Bericht. Als besonders abschreckendes Beispiel nennt der Bericht die Republik Nauru, deren Strände mit Tonnen von Fosters- und Victoria-Bierdosen verunstaltet sind.

UNEP-Geschäftsführer Klaus Töpfer erklärte, die UNEP habe in Kooperation mit anderen Einrichtungen der Vereinten Nationen bereits Programme zur Müllvermeidung und -entsorgung in Inselstaaten entwickelt. Es mangle vor allem an Technologien zum Recyclen von Müll und

Abfallstoffen. So hat sich nach einem UNEP-Bericht der Plastikmüll in den „Small Island Developing States“ seit Anfang der 90er Jahre verfünffacht. Auch fehlten Kläranlagen und Wiederaufbereitungsanlagen für Trinkwasser.

Die UNEP koordiniert ökologische Schutzmaßnahmen und berät die Regierungen der Entwicklungsländer in Fragen des Umweltschutzes. (Matangi Tonga 07.04., 08.04.04, UNEP Press Release 2004/16)

Samoa unterzeichnet Konvention

Samoa: Als erster kleinerer pazifischer Inselstaat hat Samoa die „Konvention zum Schutz von wandernden Tierarten“ (engl.: Convention on the Conservation of Migratory Species of Wild Animals, CMS) unterzeichnet. Stellvertretend für sein Land unterschrieb Umweltschutzminister Tu'u'u leti Tauleolo das Dokument am Rande einer Konferenz Mitte März zum besseren Schutz von Walen und Delfinen in der samoanischen Hauptstadt Apia. Die CMS (kurz: Bonner Konvention) ist ein staatenübergreifender Vertrag zur Bewahrung und zum Schutz wandernder Tiere. Sie trat am 1. November 1983 in Kraft, bisher haben 85 Staaten aus Europa, Ozeanien, Afrika, Zentral- und Südamerika unterschrieben, darunter auch Deutschland sowie Neuseeland und Australien.

In der Vereinbarung verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, wandernde Tiere sowie ihre natürliche Umgebung unter besonderen Schutz zu stellen. „Wandernde Tiere“ sind z.B.: Elefanten, bestimmte Fischarten, Falken, Berggorillas, Gazellen oder Weißkopfschneehuhn.

Samoa hat sich vor allem dem Schutz mariner Säugetiere wie Wale, Delfine und Seekühe verschrieben. Um den Schutz dieser charakteristischen pazifischen

Säugetiere ging es bei der von der CMS veranstalteten Konferenz vom 17. bis 19. März 2004 in Apia. Die Konferenz fand am Sitz des pazifischen Umweltschutzprogramms „South Pacific Regional Environment Programme (SPREP)“ statt. Es nahmen Vertreter von 13 pazifischen Inselstaaten sowie Repräsentanten verschiedener Nichtregierungsorganisationen am Workshop teil, darunter der „World Wide Fund for Nature“, die tonganische „Whale Watching Association“ und der „International Fund for Animal Welfare“.

Ein Vertreter von CMS begrüßte die Entscheidung Samoas und ermutigte andere pazifische Länder, dem Beispiel zu folgen. Eine Mitgliedschaft bei der CMS sei kostengünstig (36 bis 215 US-Dollar pro Jahr) und Mitgliedsländer könnten im Rahmen von Zuschüssen zu Umweltschutzprogrammen auch finanziell von der CMS profitieren. (*Pressemitteilung 22.03.04, www.wcmc.org.uk/cms/*)

† **Atomtestveteran Alfred Pautehea**

Französisch-Polynesien: Der Atomtestveteran Alfred Pautehea erlag am 21. Februar seinem vor drei Jahren diagnostizierten Blutkrebs. Er starb auf der Insel Atuona, Marquesas-Inseln. Pautehea hatte zwischen 1968 und 1979 auf den militärischen Basen der Franzosen auf den Atollen Moruroa und Fangataufa gearbeitet. Nach den nuklearen Tests auf Fangataufa war er u.a. zuständig für Reparaturarbeiten auf der Fluglandepiste.

„Wir arbeiteten sehr nahe an dem verstrahlten Gebiet, das durch rot-weiße Bänder gekennzeichnet war“, hatte Pautehea in einem Interview Ende letzten Jahres erklärt. *„Die französischen Kollegen hatten spezielle Schutzkleidung und Dosimeter, sie bekamen auch in Flaschen abgefülltes Trinkwasser. Wir hatten nur Shorts und T-Shirts*

und tranken Meerwasser aus der Entsalzungsanlage“, so der Veteran.

Alfred Pautehea war Mitglied der im Juli 2001 in Tahiti gegründeten Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa e tatou“. Im November 2003 war er gemeinsam mit dem Präsidenten der Vereinigung, Roland Oldham, und dem Koordinator John Doom einer Einladung in den französischen Senat gefolgt, wo er öffentlich Zeugnis von den Geschehnissen auf Moruroa und Fangataufa ablegte und das französische Gesundheitsministerium aufforderte, seine Gesundheitsakten offen zulegen.

„Moruroa e tatou“ fordert u.a. die Anerkennung von bestimmten Krebsarten als unmittelbare Folge von radioaktiver Strahlung. Sollte Frankreich zugeben, dass Krebs unter den rund 3.000 in der Vereinigung zusammengeschlossenen Veteranen eine direkte Folge der Atomtests ist, wären Kompensationszahlungen in Millionenhöhe fällig. In Einzelfällen konnten Angehörige in Frankreich bereits Invalidenrenten und Entschädigungen einklagen, weil die entsprechenden Gerichte es als erwiesen ansahen, dass die verstorbenen Veteranen nur wegen ihrer Teilnahme an Atomtests an Krebs litten.

Auf der Pariser Konferenz im November 2003 hatte der durch seine Krankheit bereits schwer gezeichnete Pautehea gesagt, er täte dies alles für die Zukunft seiner Kinder. Von seinen sechs Kindern kamen zwei mit Abnormalitäten zur Welt. (*Pressemitteilung Moruroa e tatou, 26.02.04, Oceania Flash 25.02.04*)

Misstrauensvotum gegen Flosse gescheitert: Neuwahlen am 23. Mai

Französisch-Polynesien: Ein von der Opposition eingebrachtes Misstrauensvotum gegen den Präsidenten von Französisch-

Polynesien, Gaston Flosse, ist Anfang April gescheitert.

Im Zuge des neuen Autonomiestatuts, das seit Anfang März in Kraft ist, war die Versammlung von Französisch-Polynesien (das territoriale Parlament) am 1. April von der französischen Regierung per Dekret aufgelöst und Neuwahlen angesetzt worden. Zwei Tage zuvor hatte die von Oscar Temaru geführte stärkste Oppositionsfraktion ein Misstrauensvotum gegen Flosse eingebracht, wofür eine Sitzung für den 2. April anberaumt worden war. Am Vortag war eine Abgeordnete aus Flosses Partei ausgetreten, was der Opposition Hoffnung auf weitere Dissidenten aus der Regierungsfraktion gegeben hatte. Am Morgen des 2. April, während der anberaumten Parlamentssitzung, hielt Flosse im Präsidentenpalast eine Pressekonferenz ab, bei der die gesamte Regierungsfraktion anwesend sein musste. Somit waren keine Regierungsabgeordneten in der Versammlung anwesend und die Opposition allein brachte nicht das erforderliche Minimum von 25 anwesenden Abgeordneten zustande, so dass die Sitzung vertagt wurde. Flosses Regierung ließ daraufhin die Auflösung der Versammlung am nächsten Morgen im Amtsblatt veröffentlichen, so dass sie in Kraft trat und weitere Sitzungen damit nicht mehr möglich waren.

Das Dekret zur Auflösung der Versammlung sieht Neuwahlen am 23. Mai vor und gab den Parteien bis zum 15. April Zeit, ihre Wahllisten bei der Wahlkommission einzureichen.

Während die Oppositionsparteien damit nur zwei Wochen Zeit hatten, um Listen für die Wahl zusammenzustellen und mögliche Allianzen zu bilden, verkündete Gaston Flosse auf seiner Pressekonferenz, die Wahllisten seiner Partei „Tahoeraa Huiraatira“ seien bereits fertig gestellt worden (womit er indirekt zugab, vorab über die Auflösung informiert worden zu sein) und am

Tag darauf berief er einen außerordentlichen Parteitag ein, um die Listenaufstellungen absegnen zu lassen.

Die beschriebene Vorgehensweise, sowohl seitens der Flosse-Regierung als auch der Regierung in Paris, wurde von der Opposition als Manipulation und Pervertierung des demokratischen Prozesses bezeichnet und scharf kritisiert. In den Augen seiner Gegner hat Flosse damit erneut in Kollaboration mit seinen Pariser Freunden das Recht zu seinen Gunsten manipuliert, um sich vor dem drohenden Misstrauensvotum zu schützen. Verurteilt wurde auch die vermehrte Verwendung öffentlicher Gelder für den Wahlkampf der Tahoe-*raa*.

Mit dem neuen Statut Französisch-Polynesiens ändert sich die Zusammensetzung der Versammlung und das Wahlsystem. Die Zahl der Sitze erhöht sich von bisher 49 auf 57. Anstelle der bisherigen fünf gibt es jetzt sechs Wahlkreise, da die östlichen Tuamotu- und Gambierinseln einen eigenen Wahlkreis erhalten. Die entscheidendste Neuerung ist jedoch die Einführung einer 30-prozentigen Bonusklausel, das heißt, die stärkste Partei bekommt automatisch 30 % der Sitze zugesprochen, zusätzlich zu ihrem proportionalen Sitzanteil. Mit diesem Wahlsystem und einer immer mehr vom Klientel-system der Regierung abhängigen Bevölkerung scheint eine erneute absolute Mehrheit für Flosses regierende Tahoe-*raa* so gut wie sicher zu sein, zumal die Opposition gespalten ist und Versuche scheiterten, eine große Oppositionsallianz zu bilden.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Tahitipresse, Tahiti Pacifique, Pacific Islands Report)

† Ratu Kamisese Mara

Fiji: Am 18. April starb im Alter von 83 Jahren Ratu Sir Kamisese Mara in einem Privatkrankenhaus in der fijianischen Hauptstadt Su-

va. Er erlag den Folgen eines Schlaganfalls. Mara war der traditionelle „paramount chief“ (fij.: „Ratu“) der Vuanirewa-Linie auf der Inselgruppe Lau im Osten der Republik.

Der am 6. Mai 1920 geborene Mara studierte zunächst Medizin, wechselte dann auf Anraten eines Verwandten zu den Wirtschaftswissenschaften. Sein Universitätsdiplom machte er 1961 im britischen Oxford. Nach seiner Rückkehr nach Fiji heiratete er Ro Adi Lalabalavu Litia Katoafugota (kurz: Adi Lady Lala Mara), ebenfalls „paramount chief“ (weiblich: „Adi“) auf den Inseln Burebasaga und Rewa. Das Paar bekam drei Söhne und fünf Töchter.

1960 gründete Mara die Partei „Fiji Alliance“. Mit Einführung des Westminster-Systems in Fiji 1966 wurde er vorsitzender Minister des nichtsoveränen Landes. Am 10. Oktober 1970 führte Mara Fiji in die Unabhängigkeit. 1971 gehörte er zu den Gründervätern des „Pacific Islands Forum“, dem heute 16 pazifische Staaten angehören. 22 Jahre lang war Mara Fijis Premierminister, bevor er 1993 das Amt des Präsidenten übernahm, das er bis zum Putsch durch den Geschäftsmann George Speight im Jahr 2000 innehatte.

Mara zog sich nach seinem durch den Putsch erzwungenen Rücktritt vom 29. Mai 2000 aus dem öffentlichen politischen Leben zurück und kehrte auf seine Heimatinsel Vanuabalavu (Archipel Lau) zurück. Durch seine Mitgliedschaft im „Great Council of Chiefs“ war er jedoch weiterhin an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt.

Der fijianische Premierminister Laisenia Quarase erklärte den 30. April zum staatlichen Feiertag in Gedenken an Ratu Mara. Eine 14-tägige offizielle Staatstrauer wurde vom 21. April bis zum 4. Mai angeordnet. Alle Flaggen hingen auf halbmast.

Sir Mara wurde gemäß fijianischer Traditionen am 3. Mai auf der Insel Lakeba beerdigt. Als besonders hoher Würdenträger erhielt er sein Grab auf dem Ehrenfriedhof „Sau Tabu“ neben den Gräbern anderer bedeutender fijianischer Persönlichkeiten. Der Beerdigung vorausgegangen war eine dreitägige Trauerfeier in Suva. Bei der Prozession des Sargs durch Suva säumten Tausende Menschen die Straßen. An dem dreistündigen ökumenischen Trauergottesdienst unter Leitung des katholischen Erzbischofs im Albert Park in der Innenstadt von Suva nahmen nach Medienberichten mehr als 10.000 Menschen teil.

An den offiziellen Feierlichkeiten im „Government House“ in Suva beteiligten sich Politiker aus den pazifischen Nachbarstaaten. Alexander Downer, Außenminister von Australien, Phil Goff, Außenminister von Neuseeland, die königliche Familie von Tonga, der neuguineische Premierminister Sir Michael Somare sowie Sir Allan Kemakeza, Premierminister der Salomonen, waren nach Fiji gereist. Auch Gaston Flosse aus Französisch-Polynesien war mit einer Delegation seiner Minister gekommen.

Sir Michael Somare, einem engen Freund des Verstorbenen, wurde die Ehre zuteil, einige Elemente der traditionellen Beisetzung auf der Insel Lakeba zu gestalten, so hielt er u.a. eine Grabrede. Der Sarg mit den sterblichen Überresten Maras war nach Beendigung der Trauerfeiern aus Suva per Boot nach Lakeba überführt worden.

In Kondolenzbekundungen aus den pazifischen Anrainerstaaten wurde Mara u.a. als „Vater des modernen Fiji“ (John Howard), als „Begründer des pazifischen Weges“ (Gaston Flosse), als „einflussreicher Staatsmann“ (Helen Clark) und als „Vater der Nation“ (Laisenia Quarase) bezeichnet. Erzbischof Petero Matata von der Katholischen Kirche in Fiji, zu der Mara konvertiert

war, nannte ihn einen „kostbaren Sohn unserer Republik“. Auch Würdenträger anderer Religionsgemeinschaften und Politiker in der ganzen Welt stimmten in das Loblied über die politischen und gesellschaftlichen Verdienste des Verstorbenen ein. Greg Urwin, Generalsekretär des Südpazifischen Inselforums (Pacific Islands Forum), sprach vom „Ende einer Epoche“. (Flash d'Océanie 20.04., 21.04., 26.04., 28.04., 30.04., 03.05.04, The Economist 22.04.04, AP 20.04.04, Tahiti-press 28.04., 30.04.04, <http://encyclopedia.thefreedictionary.com>, <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/fj.html>)

Zehn Tote nach Regenflut

Fiji: Ein tropischer Tiefausläufer hat zu sintflutartigen Regenfällen im Norden und Südosten von Viti Levu (Fiji) geführt. Die Überschwemmungen töteten sechs Insassen eines Busses, der von der Flutwelle des über die Ufer getretenen Flusses Wanibuka mitgerissen wurde. Weitere vier Todesopfer sind Fischer und Bauern, die auf dem Meer und ihren Feldern vom Regen überrascht wurden. Zwölf Personen wurden noch Tage nach dem Regenguss vermisst, überflutete und unter Schlamm begrabene Straßen blieben unpassierbar. Die Bewohner der betroffenen Gebiete erklärten, sie seien vom Meteorologischen Frühwarndienst nicht vorgewarnt worden. Die Regenfälle seien dermaßen überraschend gekommen, dass man keine Vorsichtsmaßnahmen mehr habe treffen können.

Wenige Tage nach den Regenfällen sorgte ein zweites Tief über der Hauptstadt Suva und den angrenzenden Bezirken Navua und Nausori für Regenstürme. Rund 2.000 Bewohner mussten vor den Fluten in Sicherheit gebracht werden, sie wurden von der örtlichen Polizei und der Marine evakuiert und in provisorischen Camps untergebracht. Insgesamt 4.000 Menschen wurden durch den Regen obdachlos.

Der fijianische Premierminister Laisenia Quarase bat die neu-

seeländische Luftwaffe um Hilfe bei der Versorgung entlegener Dörfer mit Trinkwasser und Lebensmitteln. Die Regierung stellte 1,6 Millionen US-Dollar Katastrophenhilfe bereit, um die Bevölkerung kurzfristig mit Nahrungsmitteln zu versorgen. (Flash d'Océanie 10.04., 16.04., 22.04.04, Tahiti-press 12.04.04, AP 17.04.04)

AUSTRALIEN

Korallensterben am Riff

Die Korallen am weltweit größten Riff der Erde, dem Great Barrier Reef, werden in den nächsten 50 Jahren weitgehend verschwinden. Zu diesem Ergebnis kommt die Anfang des Jahres veröffentlichte Studie „Implications of Climate Change for Australia's Great Barrier Reef“ des Zentrums für Meeresstudien (engl.: Centre for Marine Studies) an der Universität von Queensland (Nordaustralien).

Die Wassertemperatur des pazifischen Ozeans werde so schnell ansteigen, dass sich die Korallen nicht rechtzeitig an die veränderten Umweltbedingungen anpassen könnten, so die Verfasser des Berichts, der Nationalökonom Hans Hoegh-Guldberg und der Korallenriffexperte Ove Hoegh-Guldberg.

Das Great Barrier Reef verfügt über eine 2.000 Kilometer lange Korallenkette, die man sogar vom Weltraum heraus sehen kann. Diese Korallendecke werde bis zur Mitte des Jahrhunderts an den meisten Riffstellen auf weniger als fünf Prozent schrumpfen, heißt es in der Studie. Den Grund dafür sehen die Wissenschaftler

in der Erhöhung der Wassertemperatur, ausgelöst durch den weltweiten Klimawandel. Eine um nur ein Grad Celsius erhöhte Grundtemperatur des Meerwassers hat bereits Konsequenzen auf die empfindlichen Nesseltiere: Die Korallen verlieren ihre Farbe und sterben ab - ein Prozess, den man als „Korallenbleiche“ (engl. Coral bleaching) bezeichnet. Wissenschaftler des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ sagen bis zum Jahr 2100 sogar einen Anstieg der Wassertemperatur um zwei bis sechs Grad Celsius voraus. Dies wäre das Aus für das Riff vor der Nordostküste des fünften Kontinents.

Die Studie am Zentrum für Meeresstudien war von der Umweltstiftung „World Wide Fund for Nature“ (WWF) und der Tourismusbehörde des Bundesstaates Queensland in Auftrag gegeben worden. Das Great Barrier Reef ist eine der bedeutendsten Touristenattraktionen der Welt und – neben dem Uluru (Ayers Rock) – die gewinnbringendste und meistbesuchte Attraktion in Australien. Der Tourismus bringt der Wirtschaft in Queensland jährlich 4,5 Milliarden AUS-Dollar ein.

Die australische Regierung hat auf die Studie des Zentrums reagiert. Zum 1. Juli 2004 wird sie ein Drittel des Riffs unter besonderen Schutz stellen. Insgesamt werden dann 33,3 % (von bisher nur 4,5 %) des 134.400 Quadratkilometer großen Naturschutzparks „Great Barrier Reef Marine Park“ unter besonderen Schutz gestellt. Das Fischen und das Befahren mit Schiffen sind ab 1. Juli in den so genannten „Grünen Zonen“ verboten. Ein Verstoß gegen das Verbot zieht hohe Strafen nach sich: Unternehmen müssen bis zu 1,1 Millionen AUS-Dollar Strafe zahlen, Einzelpersonen 220.000 AUS-Dollar.

Bis dato hat Australien das internationale Abkommen zum Klimaschutz, das Kyoto-Protokoll, nicht ratifiziert, sondern nur am 29.04.1998 unterschrieben. Der

1997 in Kyoto geschlossene Vertrag verpflichtet zu einer Verminderung der Emissionen klimaschädlicher Gase um 5 % gegenüber 1990 bis zum Jahr 2010. Bisher (Stand: 15. April 2004) haben 84 Staaten das Protokoll unterzeichnet, 122 Staaten haben es ratifiziert, darunter auch Deutschland (2002) sowie die Pazifikstaaten Fiji (1998), Tuvalu (1998), die Föderierten Staaten von Mikronesien (1999), Niue (1999), Samoa (2000), Nauru (2001), die Cook-Inseln (2001) und Papua-Neuguinea (2002).

(FR online 22.02.04,
<http://www.planetark.com>,
<http://unfccc.int/resource/kpstats.pdf>
<http://unfccc.int/resource/convkp.html>
<http://www.marine.uq.edu.au/about.html>)

Ausführlicher Bericht des WWF zum
Downloaden auf der Seite:
http://www.wwf.org.au/News_and_information/News_room/viewnews.php?news_id=65)

Afghanen erhalten Flüchtlingsstatus

Das australische Einwanderungsministerium unter Ministerin Amanda Vanstone hat 15 Asylanträgen von Afghanen aus dem Flüchtlingslager Nauru stattgegeben. Drei weitere Anträge wurden abgelehnt. Die Menschen dürfen sich nun entweder in Australien oder in einem Land, das an das Flüchtlingsprogramm des Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR angeschlossen ist, niederlassen. Das Aufenthaltsrecht ist zeitlich unbefristet. Dem positiven Entscheidung war eine erneute Überprüfung der politischen Situation in Afghanistan vorausgegangen. Ende Dezember letzten Jahres hatte Amanda Vanstone angekündigt, sie wolle die Ergebnisse eines Berichts des UNHCR über die Lage in Afghanistan abwarten und erst nach Vorliegen des Lageberichts entscheiden.

Zurzeit warten noch 180 afghanische Flüchtlinge im Camp auf der Insel Nauru auf ihren Flüchtlingsbescheid. (SMH, SBS 14.05.04)

Entwicklungshilfe verdoppelt

Australien verdoppelt die jährlichen Entwicklungshilfeszahlungen an die pazifischen Länder mit Beginn des neuen Haushaltsjahres ab Juli 2004 von bisher 176 Millionen AUS-Dollar auf dann 383 Millionen AUS-Dollar. Die Verdopplung des Budgets für den Pazifik wurde mit der Vorstellung des Haushaltsplanes im Parlament in Canberra Mitte Mai bekannt gegeben. Ein Großteil der Gelder (200 Millionen AUS-Dollar) soll für die Unterstützung der „Regional Assistance Mission“ auf den Salomon-Inseln und für die Unterstützung der australischen Polizisten und „law-and-order“-Experten in Papua-Neuguinea verwandt werden. Die Entwicklungshilfe allein für Papua-Neuguinea wird um 27 % erhöht.

Außenminister Alexander Downer begründete die Verdopplung der Entwicklungshilfegelder mit der neuen Rolle Australiens als „Friedensbewahrer“ in den pazifischen Anrainerstaaten Salomonen und Papua-Neuguinea. In Papua-Neuguinea habe sich die Regierungsführung so verschlechtert, dass politische Stabilität und Wirtschaftswachstum extrem gefährdet seien, erklärte Downer. (Pacific Beat 12.05.04, Flash d'Océanie 12.05.04, Radio Australia 11.05.04, <http://www.budget.gov.au/2004-05/index.htm>)

NEUSEELAND

Maori-Protestmarsch

10.000 Maoris haben bei einem Protestmarsch in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington gegen die Verstaatlichung von Uferbereichen, Stränden und

dem Meeresboden demonstriert. Das Parlament will ein Gesetz zur Verstaatlichung des Meeresbodens und des Uferlandes verabschieden. Die Maori sehen darin eine Verletzung ihrer Land- und Seerechte, wie im „Vertrag von Waitangi“ 1840 zwischen Maori und der britischen Kolonialverwaltung beschlossen. Sie wollen ihr traditionelles Eigentumsrecht an Ufer und Meeresboden nicht in staatliche Hände legen. Premierministerin Helen Clark argumentierte, die Maori behielten ein „Gewohnheitsrecht“. Das neue Gesetz „Seabed and Foreshore Bill“ gewähre dann allerdings allen Menschen den öffentlichen Zugang zu Strand und Meer.

Der traditionelle Protestmarsch „Hiko“ der Maoris endete mit einem „Haka“ - Tanz vor den Stufen des Parlamentsgebäudes in Wellington. Das neuseeländische Einkammer-Parlament wird in Kürze über das In-Kraft-Treten des „Foreshore and Seabed Bills“ entscheiden. Im Parlament sitzen 120 Parlamentarier, darunter sieben Maori. (Tahitipresse 04.05.04, BBC News 05.05.04, Flash d'Océanie 05.05.04, <http://www.beehive.govt.nz/>)

Tokelau will bei NZ bleiben

Das 12,2 Quadratkilometer große Tokelau im Zentrum Polynesiens will seinen Status als „nicht-selbstbestimmtes Territorium“ unter neuseeländischer Verwaltung behalten. Das sagte der Regierungschef Patuki Isa'ako gegenüber Radio Australia. Die 1.500 Einwohner der drei Atolle Atafu, Nukunonu und Fakaofu seien mit ihrem politischen Status zufrieden. Man sei mit dem Vorgehen der neuseeländischen Regierung in Wellington und den Plänen des Dekolonisierungskomitees der Vereinten Nationen („Komitee 24“) nicht einverstanden. Beide drängen Tokelau, eine Volksabstimmung über den zukünftigen politischen Status abzuhalten. In Frage kommen nach UN-Angaben im Zuge des Dekolonisierungsprozesses die

Unabhängigkeit oder ein Status als sich selbst regierendes Territorium innerhalb Neuseelands. Tokelau wird seit 1925 von Neuseeland verwaltet. (*Pacific Islands Encyclopedia, Radio Australia 21.05.04, <http://www.niuenews.nu/>, <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/tl.html>*)

'TOK BLONG PASIFIK' PAZIFISCHER ALLTAG

Spucken verboten

Palau: „Lak Molub“ (dt.: Bitte nicht spucken!) heißt die aktuelle Kampagne der Tourismusbehörde von Palau. Damit werden die Einheimischen aufgefordert, ihren vom Betelnuss-Kauen rot gefärbten Speichel nicht mehr auf die Straße zu spucken.

Jackson Henry, Direktor der „Palau Visitors Authority“, erklärte, man werde an allen öffentlichen Plätzen 100 Poster mit dem markanten Spruch „Lak Molub“ aufhängen. Es ginge der Behörde nicht darum, die kulturelle Praxis des Betelnuss-Kauens zu verbieten, doch müssten die Einheimischen mehr Rücksicht auf Touristen nehmen. Diese kämen nur ein zweites Mal nach Palau, wenn sie das Gefühl von Sauberkeit auf den Straßen hätten.

Info: Die Betelnuss ist ein südostasiatisches Genussmittel aus der Frucht der Arekapalme (*Areca catechu*), die in Scheiben geschnitten, mit Kalk bestrichen und mit Blättern des Betelpfeffers umhüllt wird. Häufig wird sie mit Tabak vermischt gekaut. Da-

durch entsteht eine rötliche Färbung des Speichels. In vielen pazifischen Ländern wird dieser Speichel, der auch die Zähne rot färbt, einfach auf die Erde gespuckt, so dass auf den Straßen rote Flecken entstehen. (*www.wissen.de, Radio Australia 30.03.04*)

Tahitianer ist Weltmeister

Tahiti: Der 25-jährige Tahitianer Hira Teriinatoofa hat in der offenen Klasse den Weltmeistertitel im Wellenreiten gewonnen. Hira setzte sich in Salinas (Ecuador) gegen seine Konkurrenten durch. Erstmals seit 1991 gewann ein Tahitianer den bedeutendsten Wellenreitwettbewerb der Welt. Vom 20. bis zum 28. März 2004 hatten sich in Ecuador 400 Sportler aus 30 Nationen zur 20. Weltmeisterschaft im Wellenreiten getroffen. In der Gruppenwertung belegte Tahiti nach Australien, Brasilien, Südafrika und Peru den fünften Platz.

Hiras Erfolg wurde vom Präsidenten von Französisch-Polynesien, Gaston Flosse, belohnt. In einer Feierstunde verlieh er dem erfolgreichen Sportler den Ehrentitel eines Ritters im „Orden von Tahiti Nui“.

Info: Auf unterschiedlich konstruierten Brettern aus Balsaholz oder Kunststoff, die vorn angespitzt sind und am Heck einen Kiel besitzen, paddeln Wellenreiter den Wellen entgegen, bis sie sich von einer geeigneten Welle zurücktragen lassen, wobei Geschwindigkeiten von bis zu 60 km/h erreicht werden. In Ecuador fanden die Wettkämpfe bei einer Wellenhöhe von 2-2,50 m statt. Zum Vergleich: Am Makenahastrand bei Pearl Harbour auf Oah'u (Hawai'i) können durch das vorgelagerte Riff bis zu 15 Meter hohe Wellen entstehen. (*Tahitipresse 28.03.04, 20.04.04, www.goecuador.com*)

Tahitianer qualifiziert

Tahiti: Erstmals haben sich sieben Video- und Computerspieler aus Französisch-Polynesien für die Zweite Weltmeisterschaft im Videospiele (engl.: Electronic Sports World Cup) qualifiziert. Von Mitte Februar bis Juli findet diese Weltmeisterschaft in 50 Ländern der Welt statt. Rund 250.000 Spieler weltweit konkurrieren um die Plätze 1-500. Das Finale zwischen diesen 500 Spielern der Spiele „Counter-Strike“,

„Warcraft III“ und „Quake 3“ wird vom 6. bis 11. Juli 2004 im „Futuroscope“ im französischen Poitiers ausgetragen. Den Siegern am PC und der Playstation 2 winken insgesamt mehr als 200.000 Euro Preisgelder. Der französische Veranstalter „Ligarena“, ein Videospiele-Hersteller, rechnet mit 30.000 interessierten Besuchern zwischen 15 und 25 Jahren, für die das Videospiele inzwischen eine der Hauptfreizeitaktivitäten geworden ist. Immer mehr Clubs für elektronische Spiele am Bildschirm werden gegründet. In Tahiti hat der Videospieleclub „Tahiti Nui Arena“ innerhalb eines Jahres seine Mitglieder von 16 auf 160 erhöht. Aus dem Pazifik konnte sich neben Französisch-Polynesien nur noch Australien für Poitiers qualifizieren. (*Tahitipresse 02.05.04, www.esworldcup.com/2004, www.ligarena.com*)

Pini gewinnt Gold

PNG: Der Schwimmstar Ryan Pini hat im Rahmen der Ozeanischen Schwimmmeisterschaften im fijianischen Suva die erste Goldmedaille als Staatsbürger von Papua-Neuguinea gewonnen. Obwohl der 22-jährige Pini seit Jahren für PNG schwimmt, war er bisher noch kein offizieller Bürger. Erst Anfang Mai wurde ihm von Außenminister Sir Rabie Namaliu die Einbürgerungs-

urkunde überreicht. Neben der Goldmedaille über 50 m Rücken holte sich der Schwimmer die Silbermedaille über 100 m Schmetterling. Nach den South Pacific Games in Suva in 2003 war Pini als bester männlicher Schwimmer des Pazifiks gewählt worden. Pini studiert und trainiert in Brisbane (Australien) und hofft nun, für PNG bei den Olympischen Spielen im August 2004 in Athen antreten zu können. (*National 03.05.04, PC 18.05.04*)